

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Brüning unter Militärzensur

Auf dem Wege zur Generalsdiktatur

ZN. Berlin, 6. April 1932.

Ueber die Rede, die der Reichskanzler Herr Brüning am 9. April in Königsberg halten soll, ist eine Kontroverse entstanden, da das Ministeramt des Reichswehrministeriums, dessen Chef Herr von Schleicher ist, verlangt, die Rede möglichst im Wortlaut vorher vorgelegt zu erhalten, um eventuelle Einwendungen erheben und Vorschläge unterbreiten zu können.

Die Reichsbehörden sind in Ostpreußen in einer schwierigen Lage. Das Volk ist dort in einen Erregungszustand gegen Polen hineingeholt worden, der dazu geführt hat, daß dort beim ersten Wahlgang am 13. März die meisten Stimmen nicht für Herrn von Hindenburg, sondern für Herrn Hitler abgegeben worden sind. Das hat Herr von Hindenburg, der sich als Sieger von Tannenberg fühlt, den an diesem Versager Schuldigen sehr übel genommen. Man bemüht deshalb Herrn Brüning um Abhilfe.

Andererseits wird aber darauf hingewiesen, daß man das Volk dort nicht lau, sondern glühend vor Patriotismus brauche. Aus diesen wehrpolitischen Gründen sei die Preußenwahl mindestens so wichtig wie die Präsidentenwahl, denn in ihr müsse man die laue Sozialdemokratie schlagen. Es möge schwer sein, zwischen dem 10. und dem 24. April das Steuer so herumzuwerfen, aber das sei eben Aufgabe der Zivilregierung. Militärisch brauche man nun einmal den glühenden Osten.

*

Für die deutsche Öffentlichkeit ist es nicht entscheidend, wie diese im Schoße der Reichsregierung entstandene Kontroverse beigelegt wird und ob Brüning sich den Zumutungen des Herrn von Schleicher beugt oder nicht. Die Tatsache, daß von Schleicher solche Wünsche bzw. Forderungen stellen kann, spricht allein schon Bände. Sie vervollständigt auch nur das Bild, das die deutsche Republik im Jahre 1932 bietet und das immer mehr alle charakteristischen Merkmale einer sich vollendenden Militärdiktatur aufweist, deren Fäden in den Händen des in der letzten Zeit nicht zufällig sehr häufig genannten Herrn von Schleicher zusammenlaufen, der der eigentlich und merklich Mächtige des Reichswehrministeriums ist.

Diese Stellung verdankt von Schleicher aber weniger seinen eigenen Kapazitäten als vielmehr den Freundschaftsbanden, die ihn mit dem Sohne Hindenburgs verbinden. Von Schleicher ist also nur der Exponent Hindenburgs, wenn man nicht gar, was der Wirklichkeit wohl viel näher kommt, sein Verhältnis zu Hindenburg auf die gleiche Linie ziehen will wie dasjenige, das während des Krieges zwischen Ludendorff und Hindenburg bestand. Ueberhaupt ruft sowohl das Wirken als auch das Wesen des Herrn von Schleicher die Erinnerung an jener größten deutschen Kriegsabenteurer wach, über den Hindenburg stets und immer die schützende Hand gehalten hat. Wie jenen, so lockt auch von Schleicher offenbar der Besitz unumschränkter Macht, wozu sich, angesichts der Schwierigkeiten, in denen sich die herrschende Klasse in Deutschland befindet, die Voraussetzungen von Tag zu Tag günstiger gestalten. Nicht umsonst ist Schleicher stets darauf bedacht, die Fäden zwischen dem Reichswehrministerium und den Nationalsozialisten nicht zerreißen zu lassen, wie ja

überhaupt die Nationalsozialisten in von Schleicher ihren erklärten Vertrauensmann im Reichswehrministerium erblicken.

In diesem Zusammenhang verdient ein Artikel größte Beachtung, den die linksdemokratische „Berliner Volkszeitung“ aus Anlaß des fünfzigsten Geburtstages des Herrn von Schleicher am 7. April veröffentlicht hat. Das Blatt bezeichnet von Schleicher als „den mächtigsten Mann im Halbdunkel“ und erklärt zum Schluß: „Von Brüning bis Hitler werden sie alle schreiben, telegraphieren oder nette Angebinde senden. Auch wir wünschen dem treuen Diebstahlzweier Herren alles Gute für die Zukunft — als Generalleutnant a. D. recht fern von der Bendler- und Wilhelmstraße.“

Das ist deutlich und unmißverständlich.

Man begreift, daß eine Gratulation in solcher Form nur der Ausfluß einer Angst sein kann, die ein Demokratenherz angesichts dieses „Mannes im Dunkeln“ erfüllt. Damit spricht das Berliner Blatt nur aus, was andere nicht minder quält, aber nicht öffentlich einzugestehen wagen. Und das ist vorstündlich, denn würden sie dem Beispiel der „Berliner Volkszeitung“ folgen, dann könnte, nein: dann müßte das zumindest den Arbeitermassen die Augen öffnen und sie belehren, daß sie am kommenden Sonntag so wenig wie für Hitler für Hindenburg stimmen können, und schon aus Protest gegen diese beiden Anwärter und die hinter ihnen marschierenden Parteien stimmen müssen

für Thälmann

als dem einzigen Arbeiterkandidaten.

Reichsanwaltschaft und Severing-Material

Z. N. Leipzig, 6. April 1932.

Die Reichsanwaltschaft hat sofort mit der Prüfung des ihr von der preußischen Polizei übergebenen Materials gegen NSDAP und SA begonnen und wird sie beschleunigt erledigen. Sie beabsichtigt, ähnlich wie bei dem ihr seiner Zeit von der hessischen Polizei übergebenen Boxheimer Material, alsbald nach der vorläufigen Sichtung ein vorläufiges Ergebnis zu veröffentlichen.

Besonders über den gegen SA-Führer ausgesprochenen Verdacht des Landesverrats will „man“ sich alsbald äußern und glaubt dazu „noch im Laufe dieser Woche, spätestens Sonnabend“ in der Lage zu sein, da das hierauf bezügliche Material wenig umfangreich ist. Es ist bereits dem zuständigen Sachbearbeiter übergeben, der sich auch schon mit einem Sachverständigen des Reichswehrministeriums in Verbindung gesetzt hat. So hofft „man“, hierüber noch vor der Reichspräsidentenwahl die Öffentlichkeit über die Auffassung der Reichsanwaltschaft bzw. ihres Chefs, des Oberreichsanwalts Herrn Werner, ins Bild setzen zu können.

Die gleiche Beschleunigung glaubt man dem Hochverratsmaterial gegenüber nicht anwenden zu können, da es viel umfangreicher ist. Man will aber nach unserer Quelle wenigstens eine Uebersicht über dieses mit beigefügter vorläufiger Auffassung der Reichsanwaltschaft zum gleichen Termin, also vor dem 10. April, bekanntgeben.

SA-Material an Litauen und Polen?

Der Landesverrat, der Führern der SA vorgeworfen wird, soll darin bestehen, daß sie mit einer baltischen Macht in Materialaustausch, den Fall eines Konfliktes mit Litauen betreffend, gestanden haben. Das Material sollen sie sich bei dem Grenzschutz, an dem alle Verbände von der SA bis zum Reichsbanner teilnehmen, verschafft haben.

Andererseits soll auch Polen Material durch SA-Angehörige erhalten haben. Es handelt sich hierbei um den Fall eines Doppelagenten, der, um dortiges Material zu bekommen, hiesiges habe geben müssen, wie das so üblich sei. Es wird dabei auf das Beispiel Schlageters hingewiesen, der gleichfalls in Danzig auch in polnischen Diensten stand.

Der japanische Imperialismus rast Große Schlacht an der koreanischen Grenze

TU. Mukden, 7. April 1932.

In der Nähe der Grenze zwischen der Mandschurei und Korea an der Ostchinesischen Eisenbahnlinie ist eine große Schlacht zwischen japanischen Truppen unter General Tamon und chinesischen irregulären Truppen ausgefochten worden. Japanischen Kampfberichten zufolge wurden

500 Chinesen getötet und 3000 verwundet.

Ihre eigenen Verluste geben die Japaner mit 9 toten und 36 verwundeten Offizieren an, während über die Zahl der verlorenen Mannschaften keine Angaben gemacht werden. Die Truppen des Generals Tamon nahmen die Stadt Fancheng ein und marschieren gegen Han.

Vor neuen Kämpfen um Schanghai?

Moskau (über Kowno), 6. April 1932

Einem amtlichen TAS-Bericht aus Schanghai zufolge stehen die chinesisch-japanischen

Severing will vernünftigen Faschismus

TU. Hamburg, 6. April 1932.

Die „Eiserne Front“ veranstaltete am Mittwochabend eine Wahlkundgebung bei Sagebiel. Die beiden großen Säle waren bereits eine Stunde vor Beginn der Veranstaltung überfüllt. Parallelkundgebungen fanden im Gewerkschaftshaus und im Konventgarten statt. Minister Severing ging, entgegen den Erwartungen eines großen Teiles seiner Zuhörer, mit keinem Wort auf die preußische Polizeiaktion gegen die NSDAP und das Ergebnis der Untersuchung des beschlagnahmten Materials ein. Er ermahnte die Versammlungsteilnehmer, am 10. April das Ergebnis des 13. März noch zu verbessern. „Ich würde mich als Sozialist darüber freuen“, so fuhr der Redner u. a. fort, „wenn die Bewegung der Nationalsozialisten von klaren politischen Köpfen geführt würde, mit denen man Politik treiben und ein Stück auf dem Wege zum Wiederaufbau Deutschlands zusammengehen könnte. Aber mit politischen Scharlatanen kann man keine Politik treiben. Da gibt es nur rücksichtslosesten Kampf.“

Also nicht wegen des konterrevolutionären Ziels der NSDAP, nicht wegen ihres Programmes, das die Vernichtung der Arbeiterorganisationen bedeutet, ist Severing gegen Hitler, sondern nur weil sie politische Scharlatane sind. Wären sie „politisch klare Köpfe“, wohl etwa wie Mussolini, dann wil Severing sogar mit ihnen zusammengehen. Das ist deutlich und zeigt der Arbeiterschaft, wohin der Weg der SPD geht.

Verhandlungen unmittelbar vor dem Abbruch. Während die Vertreter Japans es unter allen Umständen ablehnen, auf die Festsetzung eines genauen Termins für die Zurückziehung ihrer Truppen einzugehen, hat die chinesische Abordnung aus Nanking die strikte Anweisung erhalten, nunmehr keinerlei Entgegenkommen zu zeigen. Deshalb wird der Abbruch der Verhandlungen bereits nach der nächsten Sitzung erwartet. Man rechnet weiterhin damit, daß alsdann eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten unausbleiblich sein wird. Darauf deuten auch sowohl chinesische Truppenbewegungen wie Umgruppierungen hin, die japanischerseits vorgenommen worden sind. Von chinesischer Seite wird die Hauptstadt Nanking nach wie vor gegen etwaige Angriffe japanischer Kriegsschiffe fieberhaft befestigt.

TU. Nanking, 6. April 1932

Wie amtlich gemeldet wird, hat die chinesische Regierung angeordnet, den Brief- und Geldverkehr der chinesischen Republik mit der Mandschurei zu unterbrechen, da die Regierung Puji die chinesischen Postbeamten abgesetzt hat.

Erwerbslose und Landtagswahlen

Von Felix Ziege

Innerhalb der SAP bestehen keine parlamentarischen Illusionen. Wir wissen: der Parlamentarismus ist bankrott. Daß wir uns trotzdem an den Wahlen beteiligen, hat vor allem zwei Gründe: Es ist Pflicht einer revolutionären Partei, die Schwächen des Gegners, die Unhaltbarkeit und Untragbarkeit seines Systems den Massen zu demonstrieren und so die Autorität, das ganze Machtfundament des Gegners zu unterwühlen und sturzreif zu machen.

Nirgends aber läßt sich der völlige Bankrott des Parlamentarismus besser unter Beweis stellen als im Parlament selbst. Hierfür ist ein fast klassisches Beispiel der preußische Landtag. Er besitzt — richtiger: besaß eine durchaus arbeitsfähige Mehrheit. Trotzdem sah sich die Regierung gezwungen, mit — oft verfassungswidrigen — Notverordnungen zu regieren. Die Ursache und die Unumgänglichkeit solches Vorgehens aufzudecken, dadurch den Bankrott des Parlamentarismus und darüber hinaus des kapitalistischen Systems zu beweisen und so den in den Massen noch vorhandenen parlamentarischen Illusionismus zu zerstören, ist die Aufgabe revolutionärer Abgeordneter. Das ist die Aufgabe unserer Abgeordneten, die diese Aufgabe um so wirkungsvoller werden lösen können, je zahlreicher sie im Parlament vertreten sind.

In diesem rein negativen, rein destruktiven Grund für unsere Wahlbeteiligung ist aber der zweite, der positive, der konstruktiv-revolutionäre Grund mit enthalten. Denn ist der Parlamentarismus und mit ihm der Reformismus bankrott, so bleibt nur der außerparlamentarische Weg:

die Wahlagitation wird zur Propaganda für die außerparlamentarische revolutionäre Massenaktion.

Sie aber wird nur dann mit Erfolg propagiert werden können, wenn man auf Grund einer eingehenden Analyse der ökonomischen und politischen Situation das für die Auslösung der Aktion entscheidende Moment gefunden hat und darauf seine Kräfte konzentriert.

Für die Auslösung der Aktion sind im Laufe der Entwicklung die Erwerbslosen immer entscheidender geworden, ohne daß man deswegen die mitentscheidende Bedeutung der Betriebsarbeiter unterschätzen darf.

Wir haben nach den letzten amtlichen Verlautbarungen 6 127 000 registrierte Erwerbslose. Dazu kommen — schätzungsweise — 500 000 nichtregistrierte und eine Millionensarmee von Kurzarbeitern, die — rechnet man ihre Arbeitszeit auf Vollarbeit um — die Erwerbslosenziffer auf wenigstens 50 Prozent steigert. Daß bei solchen Erwerbslosenziffern die ökonomische Kampfkraft des Betriebsarbeiters auf ein Mindestmaß reduziert ist, bedarf keines Beweises. Und die reformistische Gewerkschaftsführung, begründet ihre klassenverräterische Kapitulationspolitik gerade auch durch den Hinweis auf die riesige industrielle Reservearmee.

Vor einiger Zeit bestand zwischen dem Verdienst eines Vollarbeiters und dem Unterstützungssatz eines Erwerbslosen noch eine verhältnismäßig große Spanne, die unter dem Einfluß der Machtmittel des kapitalistischen Staates ein starker Anreiz zum Streikbruch werden konnte. Heute hat sich infolge des Lohnabbaues die Spanne zwischen Verdienst und Unterstützung so stark verringert, daß diese oft nicht allzuviel unter jenem liegt. Der Anreiz zum Streikbruch ist also gewaltig vermindert worden und wird sich mit den neuen Notverordnungen noch weiter vermindern. Bei den Kurzarbeitern ist er fast ganz verschwunden, da eine Unzahl von ihnen heute schlechter gestellt sind als Erwerbslose.

Das sind Tatsachen, die für die Propagierung der außerparlamentarischen revolutionären Massenaktion, also für die Wahlagitation von der denkbar größten Bedeutung sind. Denn die Beachtung dieser Tatsachen zeigt: Die von jeher vorhandene Interessenparallelität der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter ist heute für jeden sichtbar geworden. Darum wird es bei kluger Taktik relativ leicht sein, die

für die revolutionäre Kampffront unumgänglich notwendige Einheitsfront zwischen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen

zu schaffen. Und diese Einheitsfront herzustellen, muß — unbeschadet allen anderen Zielen — die Kernaufgabe unseres Wahlkampfes sein. Ihre erfolgreiche Lösung ist aber nur möglich, wenn die beiden Gefahrenmomente für die Einheitsfront zwischen Erwerbslosen und Betriebsarbeitern nicht übersehen werden.

Diese beiden Gefahrenmomente sind: die verschiedenen „Arbeitsbeschaffungsprogramme“ und der „freiwillige“ Arbeitsdienst.

Wir wissen, daß heute innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft durch kein Arbeits-

Gegensätze in London

Der erste Tag der Viermächtekonferenz

London, 6. April 1932

In der Nachmittagssitzung der Donau-Konferenz wurde beschlossen, zwei Ausschüsse einzusetzen. Der erste Ausschuss besteht aus den Abordnungsführern, jedoch ohne Mac Donald. Nachdem am Mittwoch die Donaufragen allgemein erörtert wurden, ist es Aufgabe dieses Ausschusses, die Einzelheiten zu behandeln und festzustellen, wieweit die einzelnen Mächte zu einer Einigung gelangen können. Der zweite Ausschuss setzt sich aus Finanzsachverständigen der vier Regierungen zusammen. Er hat die Aufgabe, den Bericht des Finanzausschusses des Völkerbundes nachzuprüfen, der sich in vieler Hinsicht als ein Hindernis für eine Einigung erwiesen hat.

England drängt auf sofortige Maßnahmen

In der Konferenz ergaben sich zwei Gruppen, auf der einen Seite England und Frankreich, die sich hauptsächlich an der finanziellen Seite des Donauproblems interessiert zeigten und sich im großen und ganzen schon über den Donaubund geeinigt hatten, auf der anderen Seite Deutschland und Italien, die rein wirtschaftliche Interessen in den Vordergrund stellten. Italien gab zwar allgemein sein Einverständnis zu der Einführung des Vorzugszollsystems, erhob aber Einspruch dagegen, daß es lediglich auf die Donaufürstentümer ausgedehnt werden sollte und verlangte die Einbeziehung der Großmächte in das System. Hierbei wies der italienische Vertreter auf die besonderen Interessen hin, die Italien als Nachfolgestaat Oesterreich-Ungarns habe und auf die Nachteile, die den Häfen Fiume und Triest entstehen könnten. Er machte ferner Einwendungen gegen die gesamte Art des

Vorgehens, wie es von Frankreich bei der Durchführung des Donausystems geplant ist.

Der deutsche Vertreter wandte ein, daß die Donaufrage für sich allein nicht lösbar sei, sondern in Verbindung mit den anderen Problemen betrachtet werden müsse. Er wies darauf hin, daß das Vorzugszollsystem für die Donaustaaten nicht die erwartete Erleichterung und die Hebung der Kaufkraft bringen würde, an der Deutschland interessiert sei. Dieses Verfahren würde keine Vorteile bringen. Die Verhandlungen über diesen Punkt nahmen eine sehr lange Zeit in Anspruch und waren außerordentlich lebhaft.

Von französischer Seite wurde im Verlauf der Verhandlungen die Anregung gebracht, daß die großen Staaten den Donaustaaten ihrerseits einseitige Vorzugszölle gewähren sollten.

England vertritt die Auffassung, daß alle bisherigen Schritte des Völkerbundes völlig zwecklos waren. Die meisten der vom Völkerbund entworfenen Berichte hätten zu keinen praktischen Maßnahmen geführt, weil sie niemals die richtige Stelle erreicht hätten. Der Leiter der englischen Politik legt daher den allergrößten Wert darauf, daß diese Konferenz ein greifbares Ergebnis und sei es auch unabhängig vom Völkerbund ergibt. Die Wirtschaftslage in den Donauländern sei derartig ernst, daß sofortige praktische Maßnahmen ergriffen werden müßten. Dementsprechend dringt er darauf, daß die Konferenz möglichst bis Donnerstagabend, sonst aber bis Freitag zu einem Abschluß kommt, der den Donaustaaten einen Anhalt für ihre weitere Politik gibt, so daß sie unter sich die Einzelheiten des Vorzugszollsystems besprechen können. Die zweite Donaukonferenz soll dann sowohl von den Großmächten wie von den Donaustaaten beschickt werden.

Buchdruckerstreik in Budapest

Wegen Verbots der sozialdemokratischen Zeitung Stillelegung der ganzen Presse

Budapest, 6. April 1932.

Das sozialdemokratische Zentralorgan „Nepszava“ (Volksstimme) wurde wegen angeblicher Aufreizung zum Klassenhaß auf unbestimmte Zeit verboten.

Daraufhin legten sämtliche Budapest Buchdrucker die Arbeit nieder, so daß keine Zeitung erscheinen konnte, außer einem mit Hilfe der „Technischen Nothilfe“ hergestellten amtlichen Nachrichtenblättchen.

Der Streik ist nicht nur eine spontane Aktion aus Anlaß des Verbots des sozialdemokratischen Organs, sondern in ihm kommt die wachsende Mißstimmung gegen das Horthy-Regime und die fortschreitende Radikalisierung der Arbeiterschaft in ganz Ungarn zum Ausdruck. Es ist also ein eminent politischer Streik. Der politische Hintergrund des Streiks wird ersichtlich aus der sozialdemokratischen Denkschrift an die Regierung.

TU. Budapest, 7. April 1932.

Die sozialdemokratische Denkschrift, deren Uebernahme von dem Ministerpräsidenten abgelehnt worden ist, wurde dann Journalisten-

beschaffungsprogramm das Arbeitslosenproblem zu lösen ist.

Diese Tatsache ist heute aber noch nicht breit und tief genug in das Massenbewußtsein eingedrungen. Darum besteht die große Gefahr, daß der Arbeitsbeschaffungsrummel der bürgerlichen Charlatane die Massen der Erwerbslosen verwirrt. Und dies um so leichter, als auch die Gewerkschaften (Afa-Bund) auf dem Boden des Kapitalismus sich bewegende, also in der heutigen Situation utopische Arbeitsbeschaffungspläne fabrizieren. Derartige Verwirrungsmanöver muß mit aller Schärfe entgegnet werden.

Das Gleiche gilt für den „freiwilligen“ Arbeitsdienst, der nichts ist als die

Generalprobe für die Arbeitsdienstpflicht. Sie soll — das zeigen die Berichte über den „freiwilligen“ Arbeitsdienst mit unverfrorener Offenheit — der Züchtung von Streikbrechergarden und Schlachtvieh zur höheren Ehre der Profitinteressen dienen. Mit Hilfe der Arbeitsdienstpflicht soll das Proletariat zur Sklaverei im wörtlichsten Sinne des Wortes verurteilt werden. Auch hierbei leistet der Reformismus dem Kapitalismus Helfershelferdienste und verwirrt das Proletariat. Es auch gegen diese drohende Gefahr zu mobilisieren, wird eine unserer vornehmsten Aufgaben sein.

Diese Aufgaben werden wir aber nur dann lösen können, wenn wir nicht nur negative Kritik üben, sondern den Wahlkampf benutzen, um dem Proletariat den positiven Ausweg auf Grund konkreter Vorschläge zu zeigen.

in den Couloirs zur Verfügung gestellt. Sie gliedert sich in vier Teile: 1. die Erhebung von Beschwerden, 2. Aufzählung von Forderungen, 3. Ankündigung des Mißtrauens gegen die Regierung und 4. die Ankündigung des Kampfes. In der Aufzählung der Beschwerden spielt namentlich die Verweigerung der Arbeitslosenunterstützung seitens der Regierung eine Rolle. Als wichtigstes Mittel zur Abhilfe wird die Schaffung des allgemeinen geheimen Wahlrechts und des Proportionalwahlsystems sowie die Auflösung des Hauses, ferner die Abschaffung der Schnellgerichtsbarkeit und die Abschaffung des Großgrundbesitzes gefordert. Die Denkschrift erklärt, daß die sozialdemokratische Partei kein Vertrauen zur gegenwärtigen Regierung habe, daß sie diese Forderungen verwirklichen werde. Die Partei erklärt deshalb, daß, falls die Regierung nicht den Platz räume, oder diese Forderungen nicht verwirkliche, sie genötigt sei, den Kampf anzukündigen, auch wenn er mit Opfern verbunden sein würde.

Karolyi verweigert Verhandlungen vor Streikabbruch.

TU. Budapest, 7. April 1932.

Am Donnerstag vormittag erschien eine sozialdemokratische Abordnung, die auch von Vertretern der Fachgewerkschaften aus Budapest und der Provinz begleitet war, im Abgeordnetenhaus. Ministerpräsident Graf Karolyi erklärte, vorerst nur die Abgeordneten zu empfangen. Diesen eröffnete er, daß er vor Abbruch des Streiks und vor Wiederaufnahme der Arbeit keinerlei Abordnung zu empfangen geneigt sei. Die Sozialdemokraten teilten das den Mitgliedern der Abordnung mit, und diese verließ darauf das Parlament. Nachmittags findet eine Sitzung der Parteileitung statt.

Streikkrawalle in Polen

In Petrikau kam es zwischen streikenden Glashüttenarbeitern und der Polizei zu einem heftigen Zusammenstoß. Da die Polizei von der blanken Waffe Gebrauch machen mußte, wurden einige Demonstranten verletzt. Außerdem wurden der gesamte Streikauschuß sowie einige Vorstandsmitglieder des Verbandes der Glashüttenarbeiter festgenommen. Im ganzen wurden 60 Personen, darunter sechs Frauen, verhaftet.

Gescheiterte Tarifverhandlungen

Die Manteltarif-Verhandlungen in der westsächsischen Textilindustrie die am Mittwoch vor dem sächsischen Landeschlichter in Leipzig geführt wurden, sind gescheitert, da eine Einigung der Auffassungen der Vertragsgegner nicht zu erzielen war. Der Schlichter hat bereits zu neuen Verhandlungen geladen.

Achtung: Preußenwahl!

Am 16. und 17. April in Preußen Verbreitung des vom Parteivorstand herausgegebenen Flugblattes. Ab Dienstag nächster Woche kommen die Flugblätter an die Bezirke zum Versand.

Der Parteivorstand

Nochmals preußische Landtagssitzung?

TU. Berlin, 7. April 1932.

Die Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien, die am Donnerstag nachmittag in Anwesenheit des preußischen Ministerpräsidenten Brauns im preußischen Landtag stattfand, dauerte etwa zwei Stunden. Ueber den Verlauf der Sitzung wird strengstes Stillschweigen gewahrt. Man geht aber wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Frage einer von den Regierungsparteien beabsichtigten Aenderung der Geschäftsordnung hinsichtlich der Wahl des Ministerpräsidenten behandelt worden ist. Es soll darüber gesprochen worden sein, ob der Landtag mit Ablauf der Wahlperiode am 20. Mai ein normales Ende finden, oder ob er zu einem früheren Termin aufgelöst werden soll.

Die Besprechungen sollen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden. Es hat den Anschein, als ob die Regierungsparteien doch noch eine Sitzung des alten Landtages zur Aenderung der Geschäftsordnung herbeiführen wollen.

Preußische SPD-Reaktion

Der „Amtliche Preußische Pressedienst“ verbreitet nachstehende Bekanntmachung:

Im Mai d. Js. finden folgende Veranstaltungen im Reichsverband der evangelischen Jungmännerbünde Deutschlands statt:

30. April bis 1. Mai: Lehrgang des Sächs. Evang. Jungmännerbundes für Leibesübungen in Pirna.

4. bis 9. Mai: Eichenkreuzlehrgang für Reichswehr auf Borkum.

14. bis 16. Mai: Jungvolk-Zeltlager des Ost. Evang. Jungmännerbundes am Dehmsee.

14. bis 17. Mai: II. Deutscher Eichenkreuztag in Kassel-Wilhelmshöhe.

14. bis 21. Mai: Landestagung und Landeslager der Christl. Pfadfinderschaft des Sächs. Ev. Jungmännerbundes in Erdmannsdorf.

14. bis 21. Mai: Jungvolklager des Sächs. Jungmännerbundes in Nennigshöhe.

21. bis 24. Mai: 76. Jahresfest des Ost. Evang. Jungmännerbundes in Zerbst/Anhalt.

21. bis 28. Mai: Eichenkreuzlehrgang für Arbeitslose auf Borkum.

Die SPD ist von jeher besonders stolz gewesen auf ihr „Bollwerk“ Preußen. Wie sehr sie sich bemüht, ihre Macht und ihren Einfluß in Preußen auszunutzen, beweisen die Mitteilungen, die das offizielle Organ der Preußenregierung, der „Amtliche Preußische Pressedienst“, zur Verbreitung bringt. Wie die oben wiedergegebene amtliche Mitteilung zeigt, ist die Braun-Severing-Regierung außerordentlich um die Propagierung faschistischer Veranstaltungen bemüht. Preußen stellt sich vorbehaltlos vor die kirchliche Reaktion, ja, Preußen ist dieser Reaktion sogar bei der Beeinflussung der sozusagen republikanischen Reichswehr behilflich. Die Reichswehr ist gewiß schon nationalistisch verseucht genug, als daß ihre Angehörigen noch eines „Eichenkreuzlehrganges“, und obendrein auf Borkum, bedürften, aber da es die Arbeitslosen in ihrer Mehrheit noch nicht sind, empfiehlt ihnen der Pressedienst, sich ebenfalls zur Faschisierung nach Borkum zu begeben.

Das ist das wahre Gesicht des SPD-„Bollwerks“ Preußen. Oder will die SPD die faschistische Reaktion, ihre Feinde von heute, durch solche propagandistischen Hilfsstellungen bei guter Laune erhalten, damit sie auch morgen noch jemand zum Tolerieren hat? Die Arbeiterschaft muß dagegen die breiteste Massenpropaganda führen und dieser stockreaktionären Braun-Severing-Gesellschaft bei der Wahl am 24. April die Antwort geben durch Stimmabgabe für die Liste der SAP.

Blutige Schlägerei in Duisburg

TU. Duisburg, 6. April 1932

Am Mittwoch nachmittag gegen 15,30 Uhr kam es im Norden der Stadt auf der Niebuhrstraße, die durch Meiderich und Oberhausen führt, zu einer schweren Schlägerei zwischen einer Kolonne nationalsozialistischer Zettelkleber und dort wohnenden Kommunisten. Im Verlauf der Schlägerei fielen auch mehrere Schüsse. Drei Nationalsozialisten erlitten schwere Kopfverletzungen, während bei den Kommunisten drei Leichtverletzte festgestellt wurden. Am Tatort wurde ein Revolver mit abgeschossenen Patronen gefunden.

Sachsen 1923

Aus Stresemanns Erinnerungen — Ein trübes SPD-Kapitel

1. Fortsetzung

In der „Voß“ steht das so:

„Er (Geßler) möge durch General Heinze mitteilen lassen, daß ich noch die Order vom Reichspräsidenten (die Bestallung Heinzes) haben müßte, die zur Zeit noch nicht in meinen (Stresemanns) Händen (sei), ich hoffe, sie baldigst zu erhalten.“

Als dieses Telephonat geführt wurde, war der Sinn der noch ausstehenden Order Eberts längst erfüllt. Die Regierung Zeigner war mit den Bajonetten der Reichswehr auseinandergejagt.

Am Mittag des gleichen 29. Oktober — das Telephongespräch mit Geßler hatte vorher stattgefunden — berichtet Stresemann dem Kabinett:

„Der Reichsminister des Innern, heißt es in der Aufzeichnung, hält die Ernennung Heinzes, wie das ganze Vorgehen für falsch. Er rät dringend zu einem neuen Verständigungsversuch und bittet, der Reichswehr, bei ihrem Vorgehen in Sachsen Zurückhaltung aufzuerlegen.“

Man empfindet deutlich:

Sollmann spricht hier, wo bereits alles vorbei ist, für die Akten, mit deren Inhalt er sich später rechtfertigen will.

Es ist zu spät. Stresemann fährt fort:

„Der Kanzler erklärt demgegenüber, daß alle Mitglieder des Reichsministeriums bei der Besprechung am 27. Oktober ihre Zustimmung zu dem von ihm vorgeschlagenen Schreiben an den sächsischen Ministerpräsidenten erteilt haben. Die Zustimmung beziehe sich auch auf die Maßnahmen, die im Falle einer Ablehnung des Schreibens berechtigt war. Außerdem habe der Kanzler am Abend des 26. mit den aus Dresden zurückgekehrten Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei die Lage besprochen, so daß der Vorwurf einer fehlenden Orientierung durch den Reichsinnenminister unberechtigt sei. Bei der Lage in Bayern könne man unmöglich die Entscheidungen weiter aufschieben.“

Der Reichsminister für Wiederaufbau (Robert Schmidt, SPD), wie auch später der Reichsinnenminister erklären, daß sie in der Sitzung vom 27. Oktober lediglich dem Verständigungsversuch, nicht aber den weiteren Maßnahmen zugestimmt hätten.

Der Kanzler erklärt, er habe den bestimmten Eindruck gewonnen, daß in der Sitzung vom 27. Oktober ein einstimmiger Beschluß gefaßt worden sei...

... Der Reichsminister des Innern hat dem Kanzler mitgeteilt, daß sich die Absetzung der sächsischen Regierung auf Veranlassung des Reichskommissars Heinze durch militärische Organe in provokatorischer Weise vollzogen habe, so daß die Sozialdemokratie heftigen Widerspruch erhebt. Der Kanzler schildert den Hergang, soweit die von ihm getroffenen Maßnahmen berührt werden. Es sei in Dresden allerdings manches geschehen, was anders gemacht werden konnte; man dürfe aber die schwierige Aufgabe des Reichskommissars nicht verkennen, der die Verantwortung für die Regierungsgeschäfte trage, obschon die bisherige sächsische Regierung noch nicht zurückgetreten sei.“

Hier läßt Stresemann die Rechtsunsicherheit der Situation klar erkennen. Heinzes „schwierige Lage“ ergab sich aus seinem Verfassungsbruch.

für den Stresemann, Geßler und Ebert gleichfalls die Verantwortung tragen, und den die sozialdemokratischen Minister ohne Widerspruch hingenommen hatten.

In dem von Stresemann aufgezeichneten Bericht folgt dann eine Erklärung Sollmanns über den Hergang der „Amtsentsetzung“ Zeigners:

„Als provokatorisch bezeichnet er den Anmarsch der Truppen zur Besetzung des

Ministeriums mit Musik, das Auffahren von Maschinengewehren gegen das Ministerium, die militärische Besetzung des Landtags und die Eskortierung des Ministerpräsidenten und des Ministers Böttcher durch Militär. Das Inland werde sich empören“

— sagt Sollmann —

„und das Ausland den Eindruck haben, als ob in Deutschland noch der krasseste Militarismus herrsche...“

Dieses Sollmannsche „Als ob“ ist eine mehr als eigenartige Wendung für einen sozialdemokratischen Minister.

(Schluß folgt.)

Verrücktes Wetter

Ueberschwemmungen in Rumänien

Bukarest, 7. April 1932.

Die plötzlich eintretende Schneeschmelze hat in allen Teilen des Landes große Ueberschwemmungen verursacht. Zahlreiche Eisenbahn-Hauptstrecken stehen unter Wasser. Züge aus Polen und Deutschland müssen umgeleitet werden und treffen mit großen Verspätungen ein. Die Regierung hat die Entsendung von sieben Pionierregimentern in die bedrohten Gegenden angeordnet.

Mineralregen in Italien

Rom, 7. April 1932.

Ueber Florenz ist ein mit mineralischen Bestandteilen vermischter Regen niedergegangen, nachdem die eigenartig rötlich-gelbe Färbung der Wolken bereits aufgefallen war. Es handelt sich augenscheinlich um Wolken, die mit feinem Staub gemischt waren. Der Direktor des Observatoriums von Florenz nimmt an, daß es sich um afrikanischen Staub handelt. Das in den Regennessern aufgefangene Wasser zeigte eine dunkle Färbung und sonderte einen starken Bodensatz ab, dessen mikroskopische Untersuchung noch aussteht.

Kälte in Spanien

Madrid, 7. April 1932.

Ganz Spanien wird von einer Kälte-welle heimgesucht. In Madrid wird eine Temperatur von drei Grad unter Null gemessen. Beim Ueberschreiten des Sierra Nevada nördlich von Granada sind vier Bauern mit sieben Maultieren im Schneesturm umgekommen.

Devisenschieber erschießt sich

Wiesbaden, 7. April 1932.

Der hier wohnhafte Direktor Deppe, der frühere Inhaber einer Lebensmittelhandlung, die er bis auf die Filialen in Mainz und Bingen verkauft hatte, stand im Verdacht, an Devisenschiebungen beteiligt zu sein. Als am Mittwoch die Fahndungsbehörde das Arbeitszimmer Deppes durchsuchte, erschoss sich dieser im Nebenzimmer. Wie verlautet, soll belastendes Material gefunden worden sein.

Flugzeug in Flammen

Wien, 7. April 1932.

Das Großflugzeug A 100 der österreichischen Luftverkehrs-A.-G., das die Linie Berlin — Prag — Wien befliegt, ist in Aspern (den Wiener Flughäfen) brennend gelandet. Bei den letzten Landungsmanövern geriet der rechte Tragflächenmotor in Flammen. Durch sofortiges Sperren der Zuleitungshähne gelang es dem Piloten, Flugkapitän Mandl trotz der Stichflammen das Flugzeug noch sicher zu Boden zu bringen. Während Flugplatzmannschaft und Polizei mit 35 Handlöschapparaten den Brand bekämpften, konnten die zwei Fluggäste und die Fracht heil herausgebracht werden. Durch das Tetrachlor der Löschapparate, das von starkem Sturm zurückgetrieben wurde, erlitten sieben an den Löscharbeiten beteiligte Personen leichte Gasvergiftungen. Die dreimotorige Junkersmaschine ist betriebsunfähig. Tragfläche und Wand, in die der Motor eingebaut war, sind eingeschmolzen.

Drei Tote bei einem Flugzeugzusammenstoß

Athen, 7. April 1932.

Ueber Larissa stießen zwei Militärflugzeuge zusammen und stürzten ab. Die drei Insassen wurden getötet. Eins der Flugzeuge verbrannte. Auch das andere wurde zerstört.

Und willst du nicht mein Bruder sein...

Schneeberg i./Erzgeb., 7. April 1932

Am Donnerstag morgen in der achten Stunde gerieten die in Schneeberg wohnhaften Gebrüder Dietz in einen Streit, in dessen Verlauf der 32jährige Kaufmann Arthur Fritz Dietz auf seine beiden jüngeren Brüder Hans und Rudolf mit dem Messer losging. Darauf ergriff der jüngste Bruder, der Gärtner Rudolf Dietz ein Beil und schlug auf den Bruder Arthur Fritz ein. Die beiden jüngeren Brüder Rudolf und Hans haben sich nach der Tat sofort der Polizei gestellt. Der niedergeschlagene Arthur Fritz Dietz wurde bewußtlos ins Auer Krankenhaus gebracht.

Der neue Präsident der Bühnengenossenschaft



Erich Otto, ein Berliner Schauspieler, wurde bei der Tagung der Deutschen Bühnengenossenschaft in Düsseldorf zum Präsidenten gewählt.

Die Bühnengenossenschaft ist die Organisation der deutschen Schauspieler. Sie steht auf freigewerkschaftlichem Boden und gehört dem Afa-Bund an.

Aluminium-Züge statt der „Eisen“-bahnen

In Pittsburg, USA, wird man demnächst den Versuch machen, Züge, die vollständig aus Aluminium gebaut sind, in Betrieb zu nehmen. Der Zug erfährt dadurch eine Verminderung von 600 Tonnen, so daß es einem Güterzug möglich ist, neun Waggons mehr als bisher mitzuführen.

Wie kann man Baukostenzuschüsse zurückfordern

In Artikel 4 der Durchführungsverordnung des Außerordentlichen Kündigungsrechts befindet sich eine Bestimmung, die besagt, daß der Mieter Baukostenzuschüsse, die er dem Vermieter zur freien Verfügung überlassen hat, nicht zurückfordern darf, soweit sie vertraglich auf den Mietzins angerechnet werden sollen. Besteht eine solche Bestimmung nicht, so darf der Zuschuß zurückgefordert werden, wenn das Mietverhältnis ohne Rücksicht auf die außerordentliche Kündigung ablaufen würde. Man muß also in diesem Fall — wie Rechtsanwalt Dr. Herbert Luckas im „Grundeigentum“ ausführt — genau unterscheiden zwischen Summen, die zur freien Verfügung des Vermieters gegeben worden sind und solchen, über die der Vermieter nicht frei verfügen darf. Um letzteren Fall wird es sich meistens bei sogenannten Kauttionen handeln, die bei Beendigung des Mietverhältnisses zurückgezahlt werden müssen. War aber ein Vermieter berechtigt, einen sogenannten Baukostenzuschuß für Bauarbeiten zu verwenden — und um solche Fälle handelt es sich meist —, so ist in vielen Fällen die Bestimmung vorhanden, daß diese Baukostenzuschüsse auf die monatliche Miete verrechnet werden sollen. In solchen Fällen würden diese Beträge zugunsten des Hauseigentümers verfallen, da der Mieter ja den Betrag nicht „abwohnen“ will. H. S.



Wir setzen unser ganzes Können, unseren ganzen Ehrgeiz in die Idee:

Das Beste ist für unsere Raucher gerade gut genug!
Jeder Pfennig Ersparnis kommt dem Tabak zugute!

Daher legen wir unserer

JUNO

keine Wertmarken, Gutscheine oder Stickerien bei, sondern lassen alles der Qualität zugute kommen.



Der Altheister prüft seine Lieblingsmarke „Juno“

Getarnte Reaktion

Die Katholiken und das Filmproblem

In unseren Tagen, in denen sich der Hauptkampf gegen ein sich brutal und primitiv gebärdendes, faschistisches Barbarentum richtet, hat die Öffentlichkeit wenig Blick und Gehör für eine Kulturreaktion, die abseits, aber dafür nicht minder intensiv, an ihren Zielen arbeitet. Trotz aller Programmslosigkeit weiß der politisch geschulte Arbeiter die Gefahr des Nationalsozialismus richtig einzuschätzen. Die offen konterrevolutionären Propagandamethoden sind plump und aufdringlich eindeutig, man sagt, je nach Klassenzugehörigkeit, Geschmack und kulturellem Niveau, Ja oder Nein zu ihnen, und das klärt die Fronten. Viel gefährlicher, im Hinblick auf die Beeinflussungsmöglichkeiten, sind Weltanschauungsgruppen, die nicht gleich mit der Tür ins Haus fallen, die auf Umwegen zu wirken versuchen, die getarnt arbeiten, die sich neutral geben und sich die raffiniertesten Methoden moderner Psychologie nutzbar machen.

Welche Zeitung hat auch nur mit einer Zeile berichtet von der ersten katholischen Filmwerke, die im März 1922 in dem stillen Kloster Merten bei Bonn am Rhein getagt hat? Die katholische Presse nur erging sich in vorsichtig tautenden Andeutungen, ohne daß sie wirklich Bedeutsames hätte preisgegeben. Die „Germania“ etwa berichtete vor wenigen Tagen darüber. Sie macht dunkle Andeutungen von Aussprachepunkten „vertraulichen Charakters“. Und dennoch ist das, was sie der Öffentlichkeit mitteilt, aufschlußreich genug, als daß nicht darauf hingewiesen werden müßte.

Wir erfahren aus dem Referat in der „Germania“ von „astenden Gesprächen einzelner Menschen über das Filmproblem“ 1925 in Köln. 1926 wurde bereits eine „festere Gemeinschaft im Zentralbildungsausschuß der katholischen Verbände“ gegründet. 1928 tagte schon der I. Internationale katholische Filmkongreß im Haag, ein Jahr darauf ein Filmkongreß der deutschen Katholiken in München. Nach einer internationalen Filmkommissionssitzung in Zürich 1930 trat nun die Arbeitsgemeinschaft „Erste deutsche Filmwerke“ im Kloster Merten zusammen.

Der erlesene Kreis von Teilnehmern umfaßte „etwa 30 führende Menschen aus der Filmarbeit der deutschen Katholiken“. Es wurden Vorträge gehalten über die Themen: „Weltanschauung und Film“ (Prälat Waltherbach, München), „die außerkatholische Filmbewegung“ (Muckermann), „Produktion, Filmverleih und Theater“ (Dr. Ernst, München), „Filmkritik — Filmschriftsteller“ (P. Muckermann) und „Filmaktivität der Großstadt“ (P. Kohlen, Berlin).

Allein die verschiedenen Themata lassen die Methode erkennen, den Film in Beziehung zu setzen zu den verschiedenen aktuellen Zeitproblemen, die bedeutsamen Tagesfragen niemals abstrakt und isoliert zu beantworten. So hat es die Kurie immer gehalten. Sie hat immer die nötige Assimilationsfähigkeit und geistige Elastizität besessen, eine geschmeidige Manövrierfähigkeit, wie sie in der Geschichte einzig dasteht.

Interessant die Stellen, in denen der Berichtstatter ein klein wenig den Schleier von Weltanschauung zu Film wird „eine Wendung zum Besseren seit 1929 anerkant“, d. h. seitdem hat der klerikale Einfluß bedeutend zugenommen. Man sieht, die Kirche denkt in größeren Zeitschnitten als eine engstirnige Clique von SPD-Führern,

deren größter Stolz immer die Große Koalition gewesen ist.

Recht aufschlußreich sind auch die Marginalien zu dem Referat des Schriftleiters Fröhlings, Köln, über: „Bedeutung und Praxis der Filmzensur.“

„Man sah erst die große Idee, die wirtschaftliche Gebundenheit und dann erst das an sich Negative einer Zensur, die gewiß noch notwendig ist, aber doch durchaus positiv gearbeitet hat und durch vernünftige Handhabungen weiterhin dem Film und dem Publikum große Dienste leisten wird. Darum mit Recht dank der unermüden und schweren Arbeit der amtlichen Filmprüfstellen und ihren Mitarbeitern, die alle das Beste wollen im Rahmen des Möglichen.“

Deutlicher können wir die kulturreaktionären Einflüsse nicht kennzeichnen.

„Vernünftige Handhabungen“; wie war das gleich mit dem proletarischen Tonfilm: „Weekend Kuhle Wampe“?

In Parenthesen: an der Tagung im Kloster Merten hat „als Gast“ auch teilgenommen der Kammervorsitzende der Filmprüfstelle, Regierungsrat Dr. Kloidt, Berlin.

Die rührige Kulturreaktion, die hier mit Hitler nichts zu tun hat, marschiert.

Und die komische Theorie vom „kleineren Uebel“ zerrinnt wie Sand zwischen den Fingern.

Einen Feind glaubt der Reformismus zu schlagen, und den anderen pöppelt er hoch.

Der deutsche Reichskanzler heißt übrigens Brüning, und — ich zitierte bereits — „seit 1929 ist eine Wendung zum Besseren“ anzuerkennen. Herbert Duckstein.

Der Sturm bricht los!

Erzählung von Fritz Rück

6. Fortsetzung.

VI.

Auf dem Generalkommando ist man an diesem Tag etwas nervös. Irgend etwas ist in die gut geölte und tadellos funktionierende Maschine geraten, alle die Begriffe und Grundsätze, die sich in vier Kriegsjahren als Maximen herausgebildet haben, nach denen man ein großes Volk regiert, sind nicht mehr ganz ausreichend.

Um zwei Uhr wird Hauptmann Pfeffer, der verantwortliche Leiter der Zensurstelle zum kommandierenden General gerufen und nach einer Stunde ist er immer noch nicht zurück.

„Es liegt etwas in der Luft“, sagt der Gefreite Rosenblum, der als journalistischer Sachverständiger hier die Stellung hält. „Aus Berlin ist eine neue Zensurinstruktion gekommen, nach der jetzt gehandelt werden soll. Und das Merkwürdige an der ganzen Geschichte ist, daß in der Einleitung die Zensur aufgehoben wird und dann kommen die Ausführungsbestimmungen, die nichts anderes bedeuten, als daß die Milderungen, die in den letzten zwei Wochen bereits durchgeführt worden sind, wieder aufgehoben werden.“

„Lieber Rosenblum“, sagt Unteroffizier Knöpfle, ein echter Vollblutswabe aus dem Oberland, den einflussreiche katholische Kreise aus der maßgebenden Zentrumszeitung ins Generalkommando geschickt haben, „lieber Rosenblum, Sie wissen doch, wie solche Dinge zustandekommen. Es steht nicht gut um uns an der Front, es steht nicht gut hinter der Front...“

Knöpfle rückt endlich mit seiner großen Neuigkeit heraus, die ihm von parlamentarischen Kreisen zugezogen worden ist: „Man spricht davon, daß die Stellung Ludendorffs ernstlich erschüttert sei. Er habe völlig die Nerven verloren und von der Reichsregierung den sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes verlangt.“

„Donnerwetter, ist es schon so weit?“ fährt Rosenblum auf. Er hat ja auch seine Verbindungen, aber die des katholischen Kollegen arbeiten rascher, stiller und zuverlässiger. „Entschuldigen Sie einen Augenblick.“ Rasch flitzt er in die nächste Telefonzelle und läßt sich mit dem Chefredakteur einer großen Zeitung am Ort verbinden. Man ist dort sehr dankbar für jede Information und Telefongespräche vom Generalkommando werden nicht überwacht.

Rosenblum hat gerade noch Zeit, sich nach dem Gespräch wieder hinter seinem Schreibtisch aufzupflanzen, da kommt Hauptmann Pfeffer zurück.

„Haben Sie das Blatt der Unabhängigen schon durchgesehen“, fragt er. Das Gespräch mit dem stellvertretenden kommandierenden General muß sehr unerfreulich verlaufen sein, denn er spricht in seiner kühnten Vorgesetztenstimme. „Windstärke 13“ pflegt sein Bursche zu sagen, der anderthalb Jahre bei der Marine war.

„Jawohl, Herr Hauptmann“, sagt Rosenblum und steht dienstlich stramm. Man hat eigentlich diese militärischen Allüren im inneren Dienst der Abteilung abgelegt, aber manchmal ist es besser, sie einzuhalten.

„Der Leitartikel beschäftigt sich mit dem Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung, sehr bissig...“

„Lassen wir diesmal stehen. Bisher ist jede unsachliche Kritik im Interesse des Burgfriedens verhindert worden aber jetzt — die Zensur soll ja gemildert werden.“

„Der Schluß des Artikels ist eine Prophezeiung einer revolutionären Volksbewegung.“

„Wird natürlich gestrichen. Weiter?“

„Mit Ausnahme des Artikels, der in Berlin zensiert ist, haben alle Artikel eine äußerst aggressive Tendenz.“

„Die Kerle glauben, sie können uns bereits auf der Nase herumtanzen. Wir werden ihnen zeigen, wer in Deutschland das Heft in der Hand hat. Immer noch! Sind militärische Fragen angeschnitten?“

„Im Wochenrückblick sind einige Bemerkungen, die sich mit dem Herrn Generalfeldmarschall Hindenburg und General Ludendorff beschäftigen. Es wird von merkwürdigen Vorgängen im Großen Hauptquartier gesprochen ohne nähere Details.“ Während dieser Meldung beobachtet der Gefreite Rosenblum seinen Vorgesetzten scharf aber vorsichtig von der Seite. Er hat denn auch die Genußnahme festzustellen, daß der Hauptmann für einen Augenblick ganz weiß wird.

„Freche Bande“, murmelt Hauptmann Pfeffer. „Wenn es nach mir gegangen wäre, hätte man das Blättchen längst ausgewischt.“ Dann sagt er laut zu dem Gefreiten: „Der Herr General hat ausdrücklich seine Instruktion wiederholt, daß trotz aller Verfügungen aus Berlin im Bereich seines Generalkommandos die Zensur in alter Schärfe durchgeführt wird. Ich glaube, wir müssen ein Exemplar statuieren. Schreiben Sie an Verlag und Redaktion des „Sozialdemokrat“, daß die vorgelegte Nummer des Blattes mit Ausnahme des Artikels, der bereits in Berlin zensiert ist, gestrichen werden mußte.“

„Da bleibt ja nichts mehr übrig“, wendet Rosenblum schüchtern ein.

„Soll auch nicht!“

Auf dem Tisch des Hauptmanns klingelt das Telefon. Er nimmt den Hörer ab. „Hier Hauptmann Pfeffer!“

„Wir haben soeben die Durchsicht Ihres Blattes beendet. Mit Ausnahme des in Berlin zensierten Artikels mußten alle übrigen Beiträge gestrichen werden. — Nein, die Zensur ist nicht abgeschafft.“

Am andern Ende der Leitung steht Otto Bessinger. Er ist nicht erstaunt, daß der neue Kurs sich so einführt. Aber in der arroganten Stimme des Hauptmanns ist soviel überhebliche Niedertracht, daß er darauf eine gezielte Antwort geben muß. „Herr Hauptmann Pfeffer“, sagt er darum langsam, „nutzen Sie die kurze Frist, die Ihnen noch gegeben ist. Aber ich sage Ihnen mit aller Deutlichkeit: wir werden uns von heute an einen Dreck um Ihre Zensur kümmern.“

Zwei Leute schauen fassungslos: Ziller an seinem Setzkasten, der diese offene Kampfansage an die immer noch mächtigste Behörde, das stellvertretende Generalkommando, gehört hat, und der Gefreite Rosenblum im Büro des Herrschers über alles bedruckte Papier, des Hauptmanns Pfeffer, Oberzensor und im Privatberuf Dozent für Philosophie an der Universität Tübingen. Pfeffer hat mit einer raschen Bewegung den Hörer auf die Gabel gelegt, so als ob er sich weigern wolle, die Frechheit entgegenzunehmen, die so dreist und unerwartet aus der Muschel schallt.



Rose-Theater: Die Frau, die jeder sucht

Lustspiel von Ludwig Hirschfeld

Wollte man Herrn Ludwig Hirschfeld Glauben schenken, dann wäre das Frauideal, das den Männern vorschwebt, ein zwar hübsches, aber doch wiederum nur mit Maßen hübsches Haustierchen, das im gleichen Atemzug mit dem Verlobungskuß den künftigen Bettgenossen fragt: „Was soll ich dir Gutes zu Mittag kochen?“ Eine Frau, die dem Manne Lebenskamerad ist, ihm geistig verbunden und in allen Kämpfen zur Seite stehend, die über die kleinen Alltagsorgen hinaus zu sehen vermag und nicht nur Frau ist, sondern mit dem Gefährten um hohe Menschheitsideale ringt, — so etwas kennt der Bürger nicht. Und wenn er es kennen würde: er würde es nicht mögen.

Es ist also ein bürgerliches Lustspiel, das im Rose-Theater zur reichsdeutschen Uraufführung gebracht worden ist, durchaus in den herkömmlichen Bahnen gehalten und abhold allen Ueberraschungen. Aber wenn man es sich richtig ansieht: es ist auch eine, wenn auch ungewollte, Satire auf die Anschauungen des Bürgers über Liebe und Ehe.

Handwerklich ist das Spielchen geschickt zurechtgezimmert, und Paul Roses Regie hat der Berliner Aufführung jenes beschwingte Tempo gegeben, das Vorbedingung für den Erfolg ist. Die Hauptrollen sind mit Lili Eisenlohr, Johanna Blum, Hilde Hofer, Armin Schweizer und Gerhard Haselbach besetzt; womit man ohne weiteres zufrieden sein könnte, wenn Herr Haselbach weniger hölzern und Fräulein Blum — das Sportmädchel, das sie verkörpert, wird vom „Dichter“ Hirschfeld als überschlang und nicht über 50 Kilo schwer besungen — weniger kompakt wäre.

Am ersten Abend gab es viel Beifall. Woraus sich ergibt, daß das zahlreiche Premierenpublikum sich gut unterhalten hatte.



Nach dem russischen Original ungekürzt und ohne Änderungen übersetzt von Alexandra Ramm. Copyright by Franz Pflanz, Berlin-Wilmersdorf.

18. Fortsetzung

„Es ist alles fertig. Hier ist die Order und hier für Sie eine Kopie, noch heute Abend wird er frei. Er soll doch dann gleich irgendwohin aufs Land fahren; wer weiß, was geschehen kann!“

Die Alte bekreuzigt sich fromm.

Erst jetzt merkt Elena die übermächtigen, eingefallenen welken Wangen Iwan Petrowitschs, und den trüben zerflossen grauen Blick des zappelnden Wunsch.

Mit zitternden Händen bringt Tschotkin aus dem Schlafzimmer einen leinenen Sack und stellt ihn vor Wald auf den Tisch. „Hier sind neunzehn Pfund, bitte, wiegen Sie nach,“ er schleppt eine Küchenwaage heran.

„Glauben Sie uns, wir konnten nicht mehr bekommen; auch dies habe ich mit der Alten die ganze Nacht hindurch auf den Knien bei Bekannten zusammengebettelt. Es ist so schwer, den Fremden sein Unglück verständlich zu machen! Ach, wie schwer! Es fehlen nur einige Gramm an neunzehn Pfund. Wir haben uns die Knie bettelnd wund gekrochen. Dafür aber sind hier drei Pfund zweiundsiebzigster Probe!“

„Haben Sie Nachsicht mit uns, haben Sie Nachsicht mit uns!“

Wald macht eine Grimasse: nur sie los

werden, los werden, Schluß der Komödie. Vom Laufen fielen ihr dünne Haarsträhnen über die Augen.

Sie schüttelte eilig den Inhalt des klingenden Goldes auf den Tisch. „O Gott! welche Reichtümer: Armbänder, Ringe, Medaillons, Ketten, Uhren und runde, wie lebendig springende Goldmünzen, und so viele, so viele...“ wie Feuertügel begannen sie vor ihr zu flattern.

„Schön, der, dem ich's übergebe, wird es nachprüfen. Und wegen des Fehlenden, — Sie müssen es so bald wie möglich nachliefern, in wenigen Tagen. Sonst wird er nicht einverstanden sein. Und wenn dabei etwas Minderwertiges sich finden sollte, werden Sie's umzutauschen müssen. Was ausgemacht ist, ist ausgemacht.“ Mit hastenden, vor Freude springenden Fingern warf sie gierig alles zurück in das Säckchen; schnürte es zu und steckte es unter den Mantel.

Wie schwer das noch ist.

Die Kopie ließ sie nachlässig auf dem Tisch liegen, und nur durch ein Zeichen übergab sie sie dem Hausherrn.

Wunsch griff danach und prüfte aufmerksam die Siegel. Sie wehrte die Fragen kaum ab:

„Wann wird man ihn zum Herauslassen?“ Ob sie nicht jemand betrügen kann? Lebt er noch? Ist er gesund?

Um wieviel Uhr wird er kommen? „Sie werden ihn heute noch sehen!“ Sie ging schnell, schnell hinaus. Ging eilend, doch vorsichtig, um nicht zu fallen. Das Säckchen war unterm Mantel verborgen. Sie verschwand um die Ecke.

Auf der Straße treffen sich Bekannte. Schweigend schaut man einander tief in die Augen. Sieht sich schüchtern um.

„Haben Sie gehört: man hat in Ossenikow heute irgendeinen wichtigen Juden aus der Tschecha ermordet!“

„Was Sie sagen!“

„Ja, ja, ja!“ freudig: „die allerletzte Neuheit!“ geheimnisvoll weiter: „und wissen Sie auch, daß irgendein morawischer König Belinder mit einem furchtbaren Unterseegeschwader gegen sie fändet? Nein? Wirklich! Dann sollen Sie's wissen: in acht Tagen ist mit der bolschewistischen Herrschaft ein Ende! Aus ganz sicherer Quelle.“

V

In Sudins Zimmer ist das Fenster geöffnet. Von der Straße dringt das Geräusch der Räder und das plätschernde Glucksen der Wassertropfen von den Dachrinnen. Das schon lange nicht mehr geheizte blaue Zimmer riecht nach stockiger Feuchtigkeit, durch das offene Fenster weht frische sonnige Frühlingsluft.

Sudin mit Bartstopfeln im Gesicht und böse wie eine Ratte kaut sitzend am Tisch einen Bleistift.

Nun wird ihm diese niederträchtige Hetze zu viel. Er will sie nicht länger ertragen.

Er schlägt mit solcher Kraft auf den Tisch, daß das Tintenfaß zu klirren beginnt und der Federhalter auf den Boden springt. Er droht jemandem mit geballter Faust, obwohl im Zimmer keiner ist außer ihm.

Die Sache ist klar: Fomin will sich unter ihn eingraben...

Er intrigiert gegen ihn durch Ignatjew. Sudin fühlt die Süßheilen und schiefen Blicke der Genossen vom Parteikomitee. Na, er wird es ihnen schon zeigen! Es muß Klarheit geben!

„Nimm dich zusammen, Alexej!“ sagt er mit gebrochener Stimme laut zu sich selbst. „Nimm dich zusammen und zeige, daß du es mit ihnen aufnehmen kannst!“

Diese Gedanken erleichtern ihm so, daß er aufsteht und einmalig hin und her über den weichen, staubigen Teppich geht.

„Wie schlaue diese Kampagne geführt wird, diese Schuft“, denkt er empört. Ins Gesicht freundschaftliche Teilnahme, und hinter dem Rücken Gemeinheiten und Schweinereien. Ist denn dieses Gesetz der Feindseligkeit, der Konkurrenz, der listigen kleinlichen Karrierejagd, das die alte verfaulene Gesellschaftsordnung regierte, dieses Gesetz, das er so bekämpft hat und noch bekämpft, — Sudin schüttelt sich und hebt die Fäuste empor — ist denn dieses verfluchte Gesetz wirklich so mächtig, daß es das Heiligste, das Stärkste, was Sudin besitzt, die Partei, auch zerfressen kann?!

Er macht eine verärgerte, böse Grimasse.

Sudin erinnert sich... einmal in der Verbannung, als er in einem sibirischen Dorfe durch Schüttelfrost entkräftet um etwas Tee bat, hatte sein Kamerad, der trockene, gallige Sokow sich geweigert, ihm Tee aufzuwärmen. Er mußte fiebernd und zähneklappernd selbst aufstehen und einmalig in den Wald nach Holz laufen, um Feuer zu machen. Er konnte seinen fiebersternen Kopf nur durch den Gedanken aufrecht erhalten, daß er bald heißen Tee trinken würde. Als er dann endlich mit Holz versehen zurückkam, stellte sich heraus, daß Sokow seine Abwesenheit benutzt hatte, um den aufgekochten Tee restlos allein auszutrinken. Es war bitter und kränkend, besonders, als Sokow, ihn verlachend, damit später noch prahlte und Sudin vor anderen einen Knecht und Knoten nannte.

Bezirksparteitag Norden

Der Organisationsbericht des Genossen Elsner, Hamburg, zeigte, daß trotz großer Schwierigkeiten alle zu erledigenden Arbeiten eine befriedigende Lösung fanden, und daß sich unsere Partei sehr schnell über das Organisationsgebiet ausgedehnt hat. Besonders zu erwähnen ist, daß unsere Gegner in unserer Gründungszeit stark unsere Versammlungen besuchten, während sie es jetzt mit Sabotage versuchen. Nachdem es ihnen nicht gelungen ist, uns totzuschreiben, wollen sie nunmehr uns totschreiben. Unsere Presse hat im Bezirkegebiet guten Eingang gefunden, doch kann die Verbreitung noch gesteigert werden. Ab Freitag, den 8. April, erscheint das „Norddeutsche Kampfsignal“, unsere eigene Bezirksausgabe. Ausführliche Debatte beweist, daß auch die Ortsvertreter lebhaften Anteil an dem Ausbau und der Festigung der Organisation nehmen.

Genosse Elsner, Hamburg, begründet das Bezirksstatut. Er weist insbesondere auf den Aufbau des Statuts hin, das innerparteiliche Demokratie gewährleistet. Es findet mit den beschlossenen Abänderungen seine einstimmige Annahme.

Die Wahl der Bezirksleitung ergibt folgendes Resultat: Vorsitzender: Elsner, Hamburg; Stellvertreter: Busch, Hamburg; Kassierer: Lange, Hamburg; Beisitzer: Bobzien, Hamburg, für die Jugend, Langmann, Hamburg, für den Schutzbund, Fiske, Herburg, Stahmer, Hamburg, Seeler, Altona, Lohmann, Neumünster, Bredde, Kiel, Schmidt, Flensburg, Ziehl, Geesthacht. Zu Revisoren werden die Genossen Stegollitz, Franke und Kohnmorgen, in die Redaktionskommission die Genossen Cohn, Krumpf und Bobzien gewählt.

Das politische Referat des Genossen Seydewitz und die nachfolgende Diskussion zeigten, daß Einmütigkeit über Weg und Ziel vorhanden ist. In der Diskussion ergänzten die Genossen Bobzien, Streber und Franke die Ausführungen des Referenten.

Zur Preußenwahl werden die Listen für die Wahlkreise Schleswig-Holstein und Ost-Hannover aufgestellt. Beide Listen werden von dem Genossen Seydewitz geführt. In Schleswig-Holstein werden folgende Genossen den Wählern präsentiert: 1. M. Seydewitz, Berlin, 2. O. Muhr, Elmshorn, 3. W. Schmidt, Flensburg, 4. P. Lohmann, Neumünster, 5. K. Podolski, Kiel, 6. G. Seeler, Altona, 7. W. Parduhn, Reinfeld.

In Ost-Hannover fand die folgende Liste Annahme: 1. M. Seydewitz, Berlin, 2. W. Kors, Harburg-Wilhelmsburg, 3. H. Steckmann, Verden, 4. A. Reinhardt, 5. M. Kühn, Grohn, 6. J. Fiske, Harburg-Wilhelmsburg, 7. E. Stock.

Frankfurt am Main

Stadtparlament. Die Magistratsvorlage verlangte 177.000 Mark zur Subventionierung des Flugwesens. Der Etat ist zwar noch nicht verabschiedet. Infolgedessen ist bis jetzt noch keine Deckung für diesen Weg vorhanden. Doch der Magistrat setzt sich über derartige Bedenken hinweg. Wie der Stadtverordnete Kirchner (SPD) ausführte, beträgt die Gesamtsumme, die die Stadt Frankfurt a. M. für das Luftfahrtwesen beizutragen, nicht 177.000, sondern 860.000 Mark. Die Subventionen für das Flugwesen wurden gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen. Die Stadtverordnetenversammlung hatte in einer früheren Sitzung beschlossen, daß nur bis zu 15 Proz. der Wohlfahrtsunterstützung für Miete einbehalten werden dürfe. Der Magistrat hat sich nicht an diesen Beschluß gehalten. Er zog den Mietern von Neubauwohnungen die gesamte Miete ab. Die Fraktionsredner der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nazis wandten sich gegen das Verhalten des Magistrats. Die Stadtverordnetenversammlung hatte sich ferner mit einer Magistratsvorlage zum Schulabbau zu beschäftigen. Fünf Volksschulen sollen geschlossen werden. Die Maßnahmen wurden bereits eingeleitet, ohne daß die Stadtverordnetenversammlung darüber Kenntnis erhielt. Es wurde ein Antrag angenommen, der erneut die Beseitigung der Mindestgebühren für Gasverbrauch und den Wegfall der Hebegebühren für Erwerbslose verlangt. Zur Erörterung kam auch die merkwürdige Zensortätigkeit des Wirtschaftsamtes. Das Wirtschaftsamt hatte den Anschlag eines Plakats der Freidenkerorganisation verweigert. Es entschuldigte das damit, daß es in einem Zeitpunkt höchsten politischen Kampfes nicht auch noch weltanschauliche Gegensätze aufkommen lassen wolle. Es wurde ein Dringlichkeitsantrag angenommen, der das Verhalten des Wirtschaftsamtes verurteilt. Ferner wurde ein kommunistischer Antrag auf Gewährung einer Osterbeihilfe angenommen.

Streik der Pflichtarbeiter beendet. Die gegenwärtig beschäftigten Pflichtarbeiter hatten sich gegen die unwürdigen Arbeitsbedingungen zur Wehr gesetzt, unter welchen sie zu arbeiten gezwungen waren. Sie erhalten neben ihrer Unterstützung 15 Pfennig Stundenlohn, sonst nichts. Kein Kleidergeld. Außerdem versichert man sie weder bei der AOK noch bei der Invalidenversicherung. Die Pflichtarbeiter verlangen nun Bezahlung nach dem Tarif der Bauhilfsarbeiter. Der Magistrat lehnte das ab. Es kam zum Streik. Fast 100 Prozent der Pflichtarbeiter traten in den Ausstand. Severings Schupo verteidigte die Streikbrecher. Streikposten wurden verhaftet. Ein Arbeiter wurde bereits vom Schnellgericht zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Magistrat denkt nicht daran, die Pflichtarbeiter anständig zu entlohnen. Er hat sämtliche Pflichtarbeiter entlassen. Sie erhalten die bisherige Wohlfahrtsunterstützung. Der Magistratsvertreter in einer Besprechung mit den Arbeitgebern erklärte, werden die Pflichtarbeiter künftig im freiwilligen Arbeitsdienst

Sächsische Unerquicklichkeiten

Provisorische Haushaltsplanregelung

Das sächsische Gesamtministerium hat auf Grund des Artikels 44 der sächsischen Verfassung beschlossen, daß bis zum Inkrafttreten des Gesetzes über die Feststellung des Staatshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1932/33 die rechtlich begründeten Verpflichtungen des Staates zu erfüllen sind, die Verwaltung fortzuführen ist und zu diesem Zweck die nötigen Ausgaben geleistet, die bisherigen Steuern und Abgaben weiter erhoben und auch kurzfristige Darlehen vom Finanzministerium aufgenommen werden können. Wann der Landtag zur ordnungsgemäßen Beratung und Verabschiedung des Etats kommt, ist vorläufig noch gar nicht abzusehen.

Der Skandal der Mietzinssteuersenkung

Durch die vierte Notverordnung der Reichsregierung vom 8. Dezember 1931 ist bekanntlich die Mietzinssteuer ab 1. April 1932 um 20 Prozent herabgesetzt worden. Mieter, die wegen Hilfsbedürftigkeit von der Entrichtung der Mietzinssteuer befreit sind und demzufolge bisher in Höhe von 51 Prozent der Friedensmiete befreit waren, werden künftig infolge der Minderung der Mietzinssteuer nur noch in Höhe von 40,8 Prozent der Friedensmiete befreit sein. Wie die Nachrichtenstelle der Sächsischen Staatskanzlei mitteilt, stehen sich die von der Mietzinssteuer befreiten Mieter vom 1. April an im allgemeinen nicht schlechter (! die Red.), als dies im Dezember 1931 der Fall war, da auf der anderen Seite die gesetzliche Miete um 10 Prozent der Friedensmiete gesenkt worden ist und beide Senkungen sich ungefähr ausgleichen. Un-

ausgeführt. Der Magistrat braucht dann überhaupt nichts zu zahlen. Der freiwillige Arbeitsdienst entpuppt sich mehr und mehr als Lohndrückenstein.

Auf der Tagung des Reichverbandes der deutschen Industrie erklärte Geheimrat Kastl: Wenn man erreichen wolle, daß mehr Arbeitskräfte in den Wirtschaftsprozess eingeschaltet werden sollen, müsse man die auf dem Gebiete der Arbeitsbedingungen bestehenden Hemmungen beseitigen. — Das ist deutlich genug.

Nürnberg

Hugenberg Weisheiten bekamen im Herkules-Saalbau (in dem seinerzeit Genosse Seydewitz vor 3000 Arbeitern sprach) krapp 800 Spießbürger, sowie einige wenige klassenbewußte Proleten, zu hören. Der Saal gähnte vor Leere und das Publikum vor Langeweile, denn der geheimräthliche Traumfabrikant (Ufa!) brabbelte seinen Speech von einem Manuskript herunter. Zur Präsidentenwahl meinte er, nehme er es niemandem übel, wenn er Hitler wähle, er als Parteiführer lehne es aber ab, seine Partei in die Niederlage Hitlers mit hineinzureißen. Dann erzählte er eine rührende Geschichte, wie er den Marxismus in Deutschland vernichtet habe. Er sagte, als am 13. März 1930 der Youngplan unterschrieben wurde, versuchte die SPD durch Austritt aus der Koalition die Verantwortung von sich abzuwälzen, sie wollte eine Regierung aller Bürgerparteien erzwingen, der eine Opposition von SPD, KPD und Nazis gegenübergestanden hätte, verbunden durch die gemeinsame Idee des Sozialismus! Dann wäre 1932 ein marxistischer Reichspräsident gewählt worden, und es hätte sich eine marxistische Parlamentsmehrheit ergeben. (Wie man sieht, tut der Geheimrat so, als überschätze er das Klassenbewußtsein der SPD-Führer, um den braven Spieler mit dem Marxistenschreck zu fangen.) „Da aber“, so sagte er fast wörtlich, „habe ich Deutschland gerettet.“ Er machte in der Regierung Brüning nicht mit und ließ es zur Reichstagsauflösung kommen. Resultat: der 13. September. — Man kann sich im Urteil über die DNVP nur den Worten des Versammlungsleiters anschließen, der sie als die Partei der Vergangenheit bezeichnete.

Probstzella

Von der Hindenburg-Sozialdemokraten-Front. Unsere früher 100prozentigen Oppositionellen, jetzt 100prozentigen Parteivorstandsfronten veranstalteten eine Demonstration. Mitgeführt wurde ein Panzerkreuzer, dahinter zwei Fahnen der Republik und eine rote Fahne, die Kapelle spielte die Internationale. Für Hindenburg! Es gab eine Zeit, da schwelgten die Macher dieses Umzuges in den radikalsten Tönen: Im „Volksblatt“ vom 30. Mai 1931 schreibt Gen. K. I. Probstzella: „... Wir müssen, wirtschaftlich gesehen, Schluß machen mit jeder Reserve gegenüber den „armen Reichen“ und ihren Parteien, auch auf die Gefahr hin, daß wir uns die Sympathie des Herrn Brüning verschmerzen... Die Wählermassen verstehen auch nicht, daß unter unserer Toleranz „lausige Panzerschiffe“ gebaut werden; die Wähler wollen eine klare Uebereinstimmung zwischen dem sozialistischen Programm und der sozialistischen Tagespolitik. Also — der Kurs unserer Politik muß geändert werden, wenn die Schlagkraft nicht verloren gehen soll. Der Kampf für unsere großen Ziele ist immer wieder erneut zu entfachen, und daß muß auch in den Parlamenten geschehen, von denen behauptet wird, sie seien als demokratische Institutionen dem deutschen Volke durch die Tolerierung erhalten geblieben. Die faschistischen Volksbetrüger werden wir nur in den Abgrund treiben, wenn wir ihnen den Boden, auf dem sie gedeihen, abgraben. Den Mut hierzu haben jene neun Parteigenossen aufgebracht, die es nicht mit dem „nicht ja und nicht nein“ hielten, sondern

billige Härten, die sich in Einzelfällen ergeben, sollen durch die Wohlfahrtspflege gemildert werden. Das ganze nennt man Preisabbau!

Volkspartei fordert Arbeitsdienst

Die sächsische Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei will hinter den Reaktionären der Wirtschaftspartei und der Deutschnationalen nicht zurückstehen. Sie hat im Landtage einen Antrag eingebracht, die Regierung möge einen Arbeitsplan für Maßnahmen gegen Hochwasserschäden (Damm- und Uferbauten, Flußregulierungen) sowie Meliorationen vorlegen und hierbei „im Interesse der jugendlichen Erwerbslosen“ den freiwilligen Arbeitsdienst weitestgehend einsetzen.

Was geht in Muldenhütten vor?

Aus einer Anfrage, die die kommunistische Fraktion des sächsischen Landtages eingebracht hat, ergibt sich, daß an der Münze in Muldenhütten mehrere Arbeiter verhaftet worden sind, weil sie sich angeblich Unerquicklichkeiten bei der Herstellung der Münzen zu schulden kommen ließen, auch Münzen entwendet haben sollen. Die kommunistische Anfrage behauptet nun, innerhalb der Arbeiterschaft und der übrigen Bevölkerung von Muldenhütten verstärkten sich die Behauptungen, daß nicht die beschuldigten Arbeiter, sondern die Direktion und die Kontrollbeamten an den angeführten Vorgängen die Schuld trügen. Die kommunistische Fraktion fordert eine beschleunigte Antwort von der Regierung, im Interesse der betroffenen Arbeiter wird man sich diesem Verlangen unbedingt anschließen müssen.

unseren Grundsätzen die Treue wahrte...“ An anderer Stelle des „Volksblattes“ schreibt derselbe Genosse: „... Einstimmig wird Genosse Dr. Kurt Rosenfeld als Delegierter für den Parteitag vorgeschlagen. Einstimmig gelang auch eine Vertrauenskundgebung für das Saalfelder „Volksblatt“ und die neun Genossen, welche mit einem glatten Nein gegen das Panzerschiff B votieren, zur Annahme...“ Derartige oppositionelle Berichte könnten wir noch eine Anzahl bringen, wir registrieren nur noch die wichtigsten Stellen aus dem Artikel desselben Genossen „Links um“: „Wir müssen — und das ist die Lehre daraus — endlich Schluß machen mit unserer Selbstmordpolitik, wie wir sie weithin seit der „Blauen-Brillen-Zeit“ getrieben haben... Systematisch werden die Massen des Proletariats in immer größere wirtschaftliche Not hinein manövriert und „gefällig“ gemacht. Bedarf es etwa eines besonderen Scharfblickes, um zu beobachten, wie angesichts des Gespenstes der Arbeitslosigkeit die Rücken krümmen werden? Und wenn die Hugenberg-Brüning-Parteien bereits zum Sturm auf Demokratie, Verfassung und Parlamentarismus angetreten sind, so wöhnen sie offenbar den Boden dafür reif... Die Anschläge kann nur eine einig, geschlossene Arbeiterschaft abwehren. Deshalb, Genossen, herum das Ruder — und zwar links herum!... Kein Faktieren mit den Verratsparteien eines Wirth und Scholz darf es mehr geben... Deshalb: Links um! Hoch die Partei! Es ist gut, daß diese Demonstration gezeigt hat, daß unsere führenden SPD-Größen an Orte zwar dauernd „Links um!“ geschrieben, dafür aber „Rechts um“ geschwenkt sind, obwohl die SPD-Ortsgruppenfunktionäre nach der Spaltung einheitlich gelobten, daß an der bisherigen oppositionellen Haltung nichts geändert wird.“

Zeit

Die „Roten Rebellen“, Rovne-Truppe der SAP, haben ihre Veranstaltungen begonnen. Die erste fand in Kretschau bei Zeit statt. Das gut zusammengestellte Programm und die Leistung der Spieler hätten einen besseren Besuch verdient. Die Truppe bedeutet eine wirksame Unterstützung im Wahlkampf. Jede Ortsgruppe in Mitteldeutschland soll sich, wenn irgendmöglich, die Spieltruppe für eine Veranstaltung sichern. Zuschriften ichte man an das hiesige Büro der SAP, Voigtstraße, Restaurant Wagner.

Die Versammlung mit dem Genossen Göppert findet am 16. April im Schützenhaus statt. Die „Roten Rebellen“ spielen bereits am Freitag, 8. April, im Schützenhaus. Jeder Genosse mache es sich zur Pflicht, für ein volles Haus bei beiden Veranstaltungen zu werben.

Die Volkshochschule beendete ihre Tätigkeit mit einem geselligen Abend für Hörer und Lehrer im Tiergartenhof. Den Geschäftsbericht gab Kreisjugendpfleger Wegmann. Für das kommende Semester ist als Lehrerin auch die Genossin Anna Siemen in Aussicht genommen. Unsere Genossen werden außerdem für die Behandlung des Rußlandproblems den Genossen Frölich in Vorschlag bringen.

Dresden

Für den freiwilligen Arbeitsdienst haben sich nun auch die Delegierten der SAJ des Bezirks Ostachsen ausgesprochen. Nach dem Bericht der „Dresdner Volkszeitung“ zu urteilen, scheint das die einzige „Leistung“ der Bezirkskonferenz gewesen zu sein. Eine Aussprache scheint zu keinem Punkte der Tagesordnung stattgefunden zu haben — ein Beweis für das „rege geistige Leben“, das in der linientreuen Jugend herrscht. Im übrigen muß die Stimmung recht gedrückt gewesen sein, denn selbst nach dem offiziellen Bericht sind von den 60 Ortsgruppen, die zum SJV gingen, erst die Hälfte neu errichtet worden. Und wenn man dann noch weiß,

wie diese Gruppen neuerstanden und wo sie zusammengesetzt sind... Nur in einer Beziehung kann die Parteiloyalität zu finden sein: politisch-organisatorische Schwierigkeiten gibt es mangels geistiger Selbständigkeit vorläufig nicht mehr. Aber auch das dürfte nicht immer so bleiben!

Heldenau

Mit einem politischen Kabarett trat unsere SJV-Gruppe erstmalig an die Öffentlichkeit. Die Hornisten schmetterten unter Trommelwirbel ihre Märsche in den Saal, die „roten Stars“ zwitscherten ihr frisches Lied, und kleine Szenen aus dem politischen Leben der Gegenwart waren „bühnenmäßig“ verarbeitet worden.

Neusalza-Spremberg

In die Schule neu eingetreten sind 29 Knaben und 29 Mädchen. Seit Schulbeginn müssen die Kinder wieder um 7 Uhr zur Schule kommen. Die Kinder sollen eine Stunde vor Schulbeginn aufstehen, damit das Ankleiden und das Essen in aller Ruhe vor sich gehen kann. Es gibt einige Ortsteile, von denen der Weg zur Schule über eine halbe Stunde in Anspruch nimmt. Die Kinder müssen dann schon um 5 1/2 Uhr aufstehen. Wir meinen, der Schulbeginn um 8 Uhr wäre zeitig genug für die Kleinen.

Plauen

In der gutbesuchten Mitgliederversammlung der SAP gab Genosse Zängry den Bericht vom Parteitag in Berlin. In der Diskussion, die bestritten wurde von den Genossen Huber, Bauer, Merz, Ziehr, Hacke, wurde hauptsächlich zum Aktionsprogramm und zu den organisatorischen Beschlüssen des Parteitages Stellung genommen. — Am 1. Mai tritt die SAP mit einer eigenen Abendveranstaltung in der Freundschaft an die Öffentlichkeit, nach dem 1. Mai wird ein großer Kabarettabend veranstaltet, der den Titel „Leichenfeier der SAP“ tragen soll. Die Kakaospritze wird zur Kritik eingeladen.

Kakao, gut geschüttelt! Wir zitieren aus einer Nummer (Nr. 80) der Volkszeitung: „Ein Hitlerregime in Deutschland würde dem Weltkapital die Brücke schlagen für den Krieg gegen Rußland.“ (Zogen Frisch in der Breitscheid-Versammlung. Einige Seiten weiter stößt man auf die Ueberschrift: „Moskau will Hitler-Regierung.“) „Moskau wünscht eine Hitler-Regierung in Preußen, es wünscht, daß die Arbeiter in Preußen von den SA-Banden terrorisiert werden.“ Es kann hier nur eins richtig sein: entweder bereitet Moskau den Krieg gegen sich selbst vor, oder die Kakaospritze hat wieder einmal, wie so oft, Blödsinn geschrieben.

Ueber den Aufmarsch der Eisernen Front nennt die „Volkszeitung“ diesmal keine Zahlen. Sie behauptet nur, daß der Aufmarsch fast die „doppelte Stärke“ der ersten Kundgebung erreicht habe. Danach sind also a) nach dem damaligen Bericht der „Volkszeitung“ zu schließen, 8000 Mann, b) nach dem damaligen Bericht des „Sächsischen Volksblattes“ zu schließen, 10 000 Mann aufmarschiert. Wer's glaubt, bekommt einen Taler.

Wildes Gebrüll in der „Wolfschlucht“ ließ am Freitag abend viele Passanten auf dieses Lokal aufmerksam werden. Wie wir feststellten, fand in diesem Lokal eine Sachsentagung der Nazis statt. Die Arbeiterführer der Nazis waren aus ganz Sachsen mit ihren luxuriösen Benz, Buicks und Adler erschienen, die gewöhnlichen SA-Proleten mußten die wertvollen und teuren Wagen auf der Straße bewachen, damit die „Kommune“ nicht etwa auf den Gedanken kam, die Reifen zu zerschneiden.

Tannenbergsthal

Waldgebietsversammlung. Guter Kampfgeist herrschte in unserer am Sonntag stattgefundenen Versammlung. Einmütigkeit bestand darüber, auch im zweiten Wahlgang dem proletarischen Kandidaten die Stimme zu geben.

Rautenkranz

In einer kommunistischen Versammlung referierte Genosse Damisch-Plauen über: „Die Präsidentenwahl und der imperialistische Krieg.“ Während das Hauptreferat sachlich blieb, konnte es der kommunistische Genosse Blum-Auerbach sich nicht verkneifen, die SAP anzugreifen.

Wilkau-Bockwa

Kinderchor. Da sich mit Beginn des neuen Schuljahres die Stundenpläne geändert haben und dadurch viele Kinder nicht mehr Dienstags zur Singstunde kommen können, müssen wir die Singstunde verlegen. Kommt darum alle am Sonntag um 9 Uhr ins Schützenhaus. Da werden wir uns auf einen Tag einigen, an dem wir alle Zeit haben.

Organisationsnachrichten

SAP Crammitschau Freitag, 20 Uhr, im Volkshaus öffentliche Versammlung. Gen. Eschenhorn spricht über Rußland.
SAP Düsseldorf, Distrikt Flingern, Stadtmitte, Zoo Die in der Ausgabe der SAZ vom 6. 4. angegebene Gewerkschaftsversammlung am 8. April bei Düren, Lindenstraße, findet nicht statt.
Ortsvereine Mittwoch, 13. 4. 20 Uhr, bei Dauch, Kölner Straße, Ecke Gerresheimer Straße, Funktionärssitzung, 18 Uhr Vorstandssitzung auf dem Büro.
Arbeiter-Seminar-Bund e. V., Kolonie Düsseldorf: Samstag, 16. April, 19.30 Uhr, Volkshaus, Flingernstraße, Mitgliederversammlung. Vortrag Dr. med. Gradauer.

Sportschau der SAZ

Nazisturm auf Arbeitersportplatz

In Bayreuth veranstalten aus ganz Oberfranken zusammengeholt Nazis auf Motorrädern verbotene Demonstrationen in den Arbeitersportplatz und verbreiten Hetzflugblätter. Darüber vertritt, daß die Flugblätter von den Empfängern größtenteils zerrissen wurden, gingen sie gegen die sich ablehnend verhaltenden Personen, selbst gegen Kinder, tödlich vor. Sie versuchten auf den Sportplatz an der Hammerstraße vorzudringen, auf dem gerade ein Fußballspiel stattfand. Dabei zog einer der Nazis einen Revolver. Der Angriff bekam den Nazis aber schlecht. Sie wurden so empfangen, daß sie es vorzogen, schleunigst einen unruhlichen Rückzug anzutreten. Der Revolver wurde von der Polizei beschlagnahmt.



Paavo Nurmi disqualifiziert

Der Internationale Leichtathletik-Verband hat den finnischen Langstreckenläufer und Weltmeister Nurmi disqualifiziert, weil er sich gegen die Amateur-Paragrafen vergraben hätte. Kunststück, wer kann heute schon noch unterscheiden, welche bürgerliche Sportkanone Amateur und welche Professional, das heißt Berufssportler, ist. Die geliebte Sonja Henie z. B. gilt als Amateurin und läßt sich doch von den Filmgesellschaften die Aufnahme-genehmigung gut bezahlen. Aber man nimmt dann und wann doch mal wieder Gerechtigkeit, und wird vielleicht für ein gutes Geschäft einen Konkurrenten los. Es passiert bekanntlich nie etwas ohne Grund. Sport und Geschäft — faule Sache!

Wer das Geld hat — hat die Spieler?

Nem, es ist nicht immer so! Trotz der großen Arbeitslosigkeit und der großen wirtschaftlichen Not unserer Zeit sind die bürgerlichen Aufkäufer aus Zwickau und Planitz, die während der letzten Wochen eine wahre Hetzjagd auf gute Arbeitersportler veranstalteten, ohne Beute heimgekehrt. „Weidmanns-Heil.“

Die Vorschau

Vor der Serien-Entscheidung im Vogtland

Wer wird sich durchsetzen? Diese Frage steht am Sonntag sowohl auf politischem als auch auf sportlichem Gebiet im Vordergrund. Der 10. April wird und muß eine Entscheidung in den Serienspielen bringen. In beiden Gruppen stehen die aussichtsreichsten Bewerber für den Meistertitel sich gegenüber. Es sind dies die Vereine Auerbach, Eilfeld, Spielvereinigung 33 und Eintracht.

Es soll aber damit nicht gesagt sein, daß die übrigen Spiele am Sonntag nicht für das nötige Interesse sorgen werden, denn es sind Spiele, in denen sich harte und sehr Partier gezeichnet. In der nächsten Vorschau werden wir eine klare Tabelle über den Stand der Vereine bringen.

1. Klasse.

Rempeygrün-Falkenstein (15.00). Zwei hat Rempeygrün ihren Platz als Vorteil für dieses Spiel, das dürfte aber nicht voll ausreichen, um den Gegner niederzulegen. Falkenstein hat sich bestens wieder imponiert. (40) — **Dorfstadt-Rehegrün** (14.30). Der Gastgeber muß sehr auf der Hut sein, um nicht auch in diesem Spiel abermals zu straucheln. (17) — **Treuen gegen Rodewisch** (15.00). Abermals wird Treuen zu beweisen haben, daß sie eine der „Stelldäulem Mann“

Noch ein Kreismeisterschaftsspiel in Südwestsachsen

Chemnitz-Nord—Plauen Eiche-Süd

spielen am Sonabend, dem 16. April, 17.30 Uhr, in Planitz.

schaffen im 8. Bezirk ist. Rodewisch hat sich bei den letzten Serienspielen bestens geschlagen. (7) — **Auerbach-Eilfeld** (15.00). Den schwersten Kampf, den Auerbach zu überstehen hat, ist wohl gegen Eilfeld. (47) — **Spielvereinigung 33-Eintracht** (15.00). Dieses Spiel wird für beide Mannschaften ausschlaggebend sein für den Tabellenstand. Es wird besonders hart und besonders straff zugehen. (5) — **Wacker-Lauterbach** (15.00). Der Gastgeber steht hier vor einer schweren Aufgabe. Der Gast ist hinreichend als faire Mannschaft bekannt, die überflutet sein gesehen ist. (21) — **Kleinfrösen gegen Raschau** (15.00). Nach langem wird wieder Raschau bei Kleinfrösen zu Gast sein, diesmal zum Serienspiel. Nach den letzten Leistungen beider Mannschaften ist mit einem Siege von Raschau zu rechnen. (8)

Sonabendspiele: Kürbitz-Fischerberg (14.15). Fischerberg hat das Zeug in sich, die zwei wichtigsten Punkte zu erkämpfen. (2)

2. Klasse: Brunnbohrer-Rempeygrün (15.00). (22). Treuen-Rodewisch (15.30). (7) Auerbach-Eilfeld (14.00). (51). Dorfstadt-Rehegrün (14.00). (41) Wacker gegen Ruppertsgrün (13.30). (21). Elsterberg gegen Haselbrunn (15.00). (15). Elsterberg 2—Eintracht (13.30). (15). Lauterbach 3—Spielv. 23 (10.00). (63). Rosenbrunn gegen Lauterbach (15.00). (29). Adorf-Raschau (10.00). (20). Eiche 5. Abt.—Kleinfrösen (15.00). (20). Spielv. 23 3 gegen Kürbitz (10.30). (50)

Vorschau der Handballer

Ein äußerst reichhaltiges Spielprogramm steht zur Verfügung. **Haselbrunn AM.—1. Abt.** 2. 10 Uhr. Den Haselbrunnern Alten Männern wird der Sieg wohl sicher sein. Schiri Gen. Ranke. — **Haselbrunn 2.—3. Abt.** 2. 11 Uhr. Die Gäste werden sich hier gegen den Gastgeber nicht behaupten können. Schiri Gen. Goße. — **5. Abt. I gegen Haselbrunn 1.** 13.30 Uhr. Ein spannender Kampf ist zu erwarten, doch wird Haselbrunn die bessere Mannschaft sein und als Sieger hervorgehen. Schiri Gen. Stimmfeld. — **Schwimmer I.—1. Abt. I.** 9 Uhr. Auf den Ausgang dieses Spieles kann man gespannt sein, denn der Gastgeber übertrifft in den letzten Spielen sehr angenehm; doch dürfte den Gästen mit ihrer ausdauernden und beständigen Spielweise der Sieger sicher sein. Schiri Gen. Wolf. — **3. Abt. I—Haselbrunn III.** 10 Uhr. 3. Abt. stellt zwar die erfahrenere Mannschaft, doch anstrengen müssen sie sich, wenn ihnen der Sieg gelingen soll; denn Haselbrunn ist kein zu unterschätzender Gegner. Schiri Gen. Ranke. — **2. Abt. I—4. Abt. I.** 11 Uhr. 2. Abt. hat einen Gegner, dem sie in leichter Art eine Niederlage beibringen können, doch erwarten wir von der 4. Abt. ein ehrenvolles Abschneiden. Schiri Gen. Fritsch.

Vorschau der Zwickauer Fußballer

Die Punktspiele treten in das Stadium, wo sich langsam eine Gruppierung ergibt. Selbstverständlich wird sich auch im Laufe der nächsten Wochen das Gesicht der Tabelle noch wesentlich ändern, aber der Grundstock bleibt. Evident hat bis jetzt nur die A-Gruppe mit kleineren Abweichungen alle gestellten Erwartungen erfüllt. Dort hat sich an der Spitze bereits ein guter „Bekanntekreis“ zusammengelagert.

In der B-Gruppe haben sich gleich drei „Überlebende“ an die Spitze gesetzt. Altes nur erneut feststellen, daß auch die diesjährige Serie alle früheren Reize und spieltchnischen Höhepunkte übernommen hat.

Sonabend-Fußballprogramm:

Zwickau-Planitz (17.30). Nord ist eigentlich die interessanteste Mannschaft in seiner Gruppe geworden, die sich auch bereits schon eine gute erkrankte Spielfassung angeeignet hat. Planitz kann sich nur mit Bestleistungen behaupten. — **Brookau I—Netzschau II** (16.30). Die Gäste müssen alles Können anwenden, um Sieger zu bleiben. — **Wiesenberg-Wilkau II in Friedrichsgrün** (17.00). Von der Wilkauer Mannschaft wird erwartet, daß sie ihrer verbenden Aufgabe gerecht wird.

Sonntagsspiele:

Wilkau-Niederhalla (16.00). Diese Spiele haben unsere Meisterschaften immer den Ausschlag gegeben. Das Stärkerverhältnis hat sich diesmal sehr zugunsten Niederhallas verschoben. Nur wenn die Wilkauer aus den letzten Spielen die richtigen Schlüßfolgerungen ziehen, wird das Spiel auch den früheren großen Kampfkarakter bekommen. — **Zwickau-Süd—Vielau** (16.00). Süd hat bei diesen Begegnungen noch nie schlecht gespielt, soweit aber unsere Erinnerungen reichen, auch noch nie gewonnen. — **Reichenbach-Netzschau** (16.00). Netzschau muß sich klar sein darüber, daß Reichenbach auf seinem Platz sicherlich die notwendige Spielweise und Schlagkraft aufbringt, um eine Niederlage zu verhindern. — **Neukirchen-Reinsdorf** (16.00). Der Sieg Neukirchens über Wilkau gibt zu denken. Anlaß. Die Gäste mögen sich der schweren Aufgabe bewußt sein. — **Zwickau-Crimmitschau** (16.00). Fichtel-Crimmitschau wird neuerlich beweisen, daß es auswärts besser spielt als in der Heimat. Der günstige Tabellenstand Zwickaus wird besonders zur vollen Kraftentfaltung anspornen. — **Werdau-Cainsdorf** (16.00). Cainsdorf scheint nun doch noch zu kommen, wenn auch der Sieg gegen Ebersbrunn mit etwas Glück herauskam. — **Ebersbrunn-Marienthal** (16.00). Seit dem Aufstieg in die 1. Klasse macht sich bei Ebersbrunn immer mehr ein Formrückgang fühlbar.

2a-Klasse:

Mülsen-Nielas-Neuschönburg (16.00); **Friedrichsgrün-Härtensdorf** (16.00); **Mösel-Pöhlau** (16.00); **Grün-Mylau** (16.00); **Steinpleis-Rotschau** (16.00); **Lichtenanne-Lengenfeld** (16.00); **Wilkau III—Fraureuth I** (12.30).

Spiele der unteren Mannschaften:

Sonabend: Zwickau-Nord II—Planitz II (15.45). **Sonntag:** Reichenbach II—Niederhalla II (13.00); Wilkau II—Reinsdorf II (14.15); Neukirchen II—Zwickau-Süd II (13.00); Werdau II—Cainsdorf II (14.15); Niederhalla II—Vielau II (10.30); Zwickau II—Crimmitschau II (10.30); Ebersbrunn II—Marienthal II (14.15); Oberhöndorf III—Vielau III (10.30); Härtensdorf II—Zwickau-Süd III (13.00); Ebersbrunn III—Pöhlau II (12.30); Friedrichsgrün II—Crimmitschau IV (14.15); Mülsen-Nielas II—Planitz III (14.15); Netzschau III—Zwickau III (10.30); Pöhlau II—Crimmitschau III (9.00); Erlenbad; Härtensdorf AM.—Mülsen-Jacob AM. (9.30).

Jugend: Wilkau—Niederhalla (11.30); Reichenbach—Netzschau (10.00); Neukirchen—Reinsdorf (14.15); Marienthal—Crimmitschau (11.00); Friedrichsgrün—Cainsdorf (13.00); Zwickau-Nord—Planitz (13.00).

Kabarett: Wilkau—Vielau (6.30); Härtensdorf—Zwickau-Süd (12.00).

Das erste Bezirksspiel steht vor der Tür. Am Sonabend, dem 16. April, bekommt der Spielbetrieb die notwendige Anregung. Eine von den Technikern auf sorgfältigste ausgewählte Mannschaft tritt in Wilkau gegen den Bezirksmeister Niederhalla an. Bestimmt wird das ein Spiel von seltenem Reiz werden.

Handball in Südwestsachsen

Der Sonntag blieb nicht ohne Überraschungen. So läßt der große Widerstand der Cainsdorfer in Niederhalla aufhorchen. Wilkau siegte klarer als erwartet. Die Spiele am nächsten Sonntag, Wilkau I gegen Niederhalla I und Cainsdorf I—Planitz I, beanspruchen großes Interesse.

Niederhalla I—Cainsdorf I 9:6 (3:2). Der Sieg wurde dem Gastgeber sehr schwer gemacht. Cainsdorf gab die meiste Spielzeit einen ebenbürtigen Gegner ab. — **Wilkau I—Werdau I** 16:1 (6:0). Die erste Viertel-

stunde sah es gar nicht so nach einem solchen Resultat aus. Als dann aber der Bann gebrochen war, fiel fast um For — **Oberreichenbach I—Stöcken I** 3:2 (0:0). Stöcken war in der ersten Halbzeit in Fahrt und erzielte sechs Treffer. Nach dem Wechsel trat endlich eine Besserung bei O. ein. Zahlenmäßig war Reichenbach im zweiten Gang besser als Stöcken. — **Reinsdorf I gegen Marienthal I** 13:0. In der Marienthaler Mannschaft zeigte sich wieder das alte Uebel, sie spielte ohne Überlegung und in ihrer Hast verdarb sie sich die besten Gelegenheiten. Reinsdorf befand sich wieder einmal gut im Schwung. — **Halla 2—Neukirchen I** 11:3. Neukirchen scheint bei Spielen mit Mannschaften der ersten Gruppe kein Glück zu haben. Diese hohe Niederlage kommt überraschend. — **Oberreichenbach 2 gegen Wahlen I** 4:4. Oberreichenbach lag dauernd in Führung, konnte sich aber keinen großen Vorsprung schaffen. In letzter Minute glückte Wahlen der Ausgleichstreffer. — **Untere Mannschaften:** Oberreichenbach 3—Stöcken I 0:9; Planitz 3—Cainsdorf 2:1:3.

Jugend: Wilkau—Werdau 6:1; Niederhalla—Neukirchen II 4:1; Stöcken—Zwickau 8:3; Planitz—Cainsdorf I 1:10.

Spielerinnen: Ebersbrunn—Lichtenanne 4:0.

Organisationsnachrichten

SAP

Besirksverband Berlin: Sonabend, 9. April, 17 Uhr, Sitzung des engeren Bezirksvorstandes, 19 Uhr, Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes im Sekretariat Prenzlauer Allee 34. — Die zur Präsidentenwahl herausgegebenen Sammelzettel müssen umgehend im Sekretariat abgerechnet die Sammelzettel zur Preußenwahl sofort im Sekretariat abgeholt werden. — **Zeitungsbeute:** Nächste Sitzung Freitag, 8. April, 20 Uhr, Magazinstraße 15/16. Wegen der wichtigen Tagesordnung muß jede Ortsgruppe vertreten sein.

Ortsgruppe Wilmersdorf: Montag, 11. April, 19 Uhr, Funktionsversammlung, 19.30 Uhr, Mitgliederversammlung bei Kultur, Lauenburger Str. 21: Landtagswahl, Reichsparteitag. Ref.: Gen. Seigewasser und Kleinhehl.

Ortsgruppe Tiergarten: Sonntag, 10. April, vorm. 9.30 Uhr, Treffen zur Zeitungsaktion bei Groß, Zwinglstr. 19, Quergeb. par. 1.

Ortsgruppe Kreuzberg: Freitag, 8. April, 20 Uhr, Funktionsversammlung bei Lank, Schönhaierstr. 6.

Ortsgruppe Prenzlauer Berg: Freitag, 8. April, 20 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung bei Reche, Metzger Str. 26, gemeinsam mit dem Lenibund. Thema: Unsere Stellung zur KPD. Ref.: Gen. Urbans.

Ortsgruppe Lichtenberg: Bildungskursus Paul Fröhlich: „Geschichte der proletarischen Parteien“. Freitag, 8. April, 19.30 Uhr bei Rodky, Gürtelstr. 28.

Ortsgruppe Friedrichshagen: Sonabend, 9. April, 19 Uhr, Funktionsversammlung bei Krummann, Memeler Str. 63. Thema: Die Landtagswahl.

SJV

Heute, Freitag, 8. April 1932, 19.30 Uhr:

Falkenberg-Schöneeweide, Koenigk, Grünauer Str. 5, Frankfurter Allee 1, Beim Gen, Bernhard Heim, Gesundbrunnen. Unsere Aufgaben in den Gewerkschaften. Hansa, Tagespolitik.

Neukölln I und II. Diskussion über den Parteitag Neukölln III. Wer hat in Rußland die Macht? (Ref. Gen. Rosenhau.)

Schönhauser Viertel „Paul Levi“. Die Staatsauffassung des Marxismus.

Wilmersdorf, Ausspracheabend, Wedding, Tagespolitik.

Steglitz „Georg Ledebour“. Tagespolitik.

Aktionsbezirk Nord-Ost, Freitag, 8. April, 20 Uhr, Bildungs- und Festausschuß im Sekretariat, Prenzlauer Allee 34. Thema: Gruppenarbeit und Festarbeit.

Aktionsbezirk Süd. Sonntag Außenaktion in Zossen. Treffpunkt für Neukölln 7 Uhr Bahnhof Neukölln, Radfahrer ebenfalls. Treffpunkt für Tempelhof, Mariendorf-Kreuzberg 7 Uhr Bahnhof Tempelhof, Radfahrer ebenfalls.

Mitteilung der BL. Am Sonntag beteiligen sich alle Genossen an der Außenpropaganda ihres Aktionsbezirks.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Duckstein, für Inserate: Johannes Hoffmann, Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m.B.H. Druck: Georg Köpfig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ, Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben 2 2904.

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben 2 2905.

Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM. 2,40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM. 2,10 und RM. —36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM. 2,10 und RM. —36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM. 2,10 monatlich zurücklich RM. 1,30 Porto.

Inseratspreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete. Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H.“, Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 1539 28.

Staats-Theater
Oper U. d. Linden
Freitag, 8. April
8 Uhr
Hugenotten
Oper
a. Platz der Republik
Freitag, 8. April
Symphoniekonzert
Schauspielhaus
a. Gendarmenmarkt
Freitag, 8. April
20 Uhr
Die blonde Straße
Schillertheater
Freitag, 8. April
20 Uhr
Cyrano von Bergerac

Volksbühne
Theater a. Bülowpl.
1. Norden 2946
Freitag, 8. April
8.30 Uhr.
Kamrad Kasper
Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Freitag, 8. April
8.15 Uhr.
Die Frau die jeder sucht
Circus BUSCH
Freitag, 8. April
9 Uhr
Ring-Kämpfe
L. Varietè-Programm
Preise 0.30 b. 2.—

Lichtspiele am Stettiner Bahnhof
Invalidenstr. 127
Tonfilm-Tageskino
Man braucht kein Geld
und Tom Mix in
Vogelfrei
Die neueste tönende Wochenschau
Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Es lebe die Freiheit
und
Holzappel weiß alles
mit Felix Bressart
Das tönende Beiprogramm
Elysium - Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
Gastspiel Paul Godwin
Film:
Die verliebte Firma
Tönende Wochenschau
Sonntag 3 Uhr, Große Jugendvorstellung
Der große Preisabbau, Wochentags bis
6 Uhr, Sonntags bis 4 Uhr - 20 Pfg.
Nachher von 80 Pfg. an

M * I * L * A
Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
Magda Schneider, Lee Parry, Georg Alexander, Hermann Thimig
in der entzückendsten Tonfilmoperette:
Ein bißchen Liebe für Dich
Sensationslustspiel
10 Jazzsymphoniker
Hurra, Revue 1932
PRATER
Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße
Autobus 9
Zwei wirkliche Spitzenfilme an
Lustigkeit in einem Programm
Zwei glückliche Herzen
(Ein bißchen Liebe für Dich)
mit Magda Schneider, Lee Parry, Georg Alexander, Hermann Thimig
Kartoffelsapp', Kartoffelsapp'
(Schön ist die Manöverzeit)
mit Paul Heidemann, Oskar Sabo
Ida Wüst, Gretl Theimer
Erwerblos 50 Pfg.
Sonntag 2.30 Uhr: Gr. Jugendvorstellung
Eintritt 20 Pf.

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
2 Grobfilme Lee Parry, Zerrn, Thimig, Georg Alexander
Ein bißchen Liebe für Dich
dazu: **Städtisches Arno**
Der schönste Mann im Staate
Militär-Lustspiel m. Ralph Arthur Roberts
Sonntag nachm. 3 Uhr Jugendvorstellung
Neueste Tonwochenschau
Werbt Abonnenten!
Notzeit — Notpreise!
Kein Laden
Lindower Straße 18/19.
Seitendillig, nirgads so billig.
Militärjacken 2,75; Stiefel 3,75; neue
Schlafdecken 0,95, 1,45; Monteurjacken
und Hosens 1,70; Militärstarthosen und
Hemden 0,75; Leinwand 0,90 Mark; neue
Arbeitschutzen, englisch Leder 3,90;
neue Schürzen, Militärart, Voll-
leder (kein Spaltleder) 4,90; neue Militä-
türchutzen, Lederohle, 1,30 Mark;
Militär-Drilljacken 1,10;
Hosen 1,10; Leinwand 4,25; neue
Leinwand-Schulden 11,75; neue
Sirlackwesten 1,60; neue Leinwand-
socken 0,75; reißwellige Pullover 2,90;
guterhaltene schwere Winterjoppen 2,90;
Alles zum Ausschauen Militärröcke für
Arbeitsröcke 2,80 M.; neue Hosens-
gebräuchte Hosens 3 M.; neue feldgraue
Tuchhosen 0,75; Leinwandsocken
5,75; Leinwandsocken 5,75; Militär-
Strickjacken, gebr., 1,20; Militär-
Fausthandschuhe, wasserdicht,
warmgefüttert, 1,00; Rucksäcke, neue
Lederjacken, Schlosserhemden; Packer-
slagen, Arbeitstittel, Brecheschutzen
4,90. Beschließen Sie mein Lager ohne
Kaufzwang. Versuchen Sie nach außenhalb
des großen Nachhause- Umzugs gestattete.
Einzelvekauf Sigmund Scherzer, Be-
kleidungsverband 3 Berlin N. 65 gegen-
über Bahnhof Wedding, Lindower
Straße 18/19.

Kauft
Gutschaine
Stärkt
den Presselonds

HAUS WÄTTERLAND
RESTAURANT
Berlins
BETRIEB
KEMPINSKI

Das 5. Buch der „Roten Bücher“
Gewerkschaften im Klassenkampf
erscheint im April ds. Js.
Aus dem Inhalt:
Die Entstehung der Gewerkschaften / Ge-
werkschaftlicher Reformismus im Vorkriegs-
kapitalismus / SPD und Gewerkschaften
Die Gewerkschaften in der Republik / Das
neue Arbeitsrecht / Sozialismus oder Wirt-
schaftsdemokratie / Gelfest-Gewerkschaften
Die notwendige Reorganisation / Gegen den
Bürokratismus / Einheit der Gewerkschaften
oder RO / Die Aufgaben der Gewerkschaften
im Klassenkampf
Die Autoren sind führende Gewerkschaftler
Buchhandelspr.: RM. 4.75, Mitgliedspr.: RM. 3.
Meldet Euch sofort bei der Marxistischen
Büchergemeinde a. Mitglied. Monatsbeitrag 1 M.
Freie Verlags-Gesellschaft m. b. H. Berlin O 27, Magazinstraße 15/16

KIND FÜR JEDERMANN
Potsdamer Str. 4, im Voxhaus a. M.
Potsdamer Platz 81 Kart. 2334.
Ab Freitag, 8. April 1932.
Conrad Veidt in
Rasputin.
Der Dämon der Frauen
mit Charlotte Ander, Theodor
Loos, Karl Ludwig Oehl
Dazu: Wilhelm II. in Doorn.
Ein tönende Wochenschau
Das erstklassige Beiprogramm
Freitag, 9. Uhr vorm
Sonntag, ab 3 U. nachm. bis 11. nachm.
Einz., Tag a. Nachtkino Berlin

Les den Klassenkampi

Theater des Weddings
Müller, Ede Sellendorfer
Oskar Homolka, Trude Seltzer in
Nachkolonne
dazu: Jenny Lind
die schwedische Nachtigall
Fox tönende Wochenschau
Das erstklassige Beiprogramm

Kampfsignal heute neu!

Hochverratsprozeß Scheringer

Vom Faschisten zum Kommunisten

Leipzig, 7. April 1932.

Vor dem Vierten Strafsenat des Reichsgerichts begann heute die Hauptverhandlung gegen den ehemaligen Leutnant im 5. Reichswehr-Artillerie-Regiment (Ulm) Richard Scheringer. Der Angeklagte war bekanntlich im September 1930, zusammen mit seinen Kameraden Ludin und Wendt, ebenfalls vom Vierten Strafsenat wegen Hochverrats, zugunsten der Hitlerpartei begangen, zu einer Festungshaftstrafe von 1½ Jahren verurteilt worden. Während seiner Haftzeit in der Festungshaftanstalt Gollnow in Pommern bekam Scheringer Zweifel an der Nazipolitik. Unter den Einflüssen seiner kommunistischen Haftgenossen hatte er mit einem Brief, den der kommunistische Abgeordnete Kippenberger dann im Reichstag verlas, seinen Uebertritt zur KPD begründet. Den Inhalt dieses Briefes, dessen Verlesung im Reichstag durch die Abgeordneten-Immunität gedeckt war, hat dann die Reichsanwaltschaft als eine erneute hochverräterische Handlung Scheringers betrachtet. Außer diesem Brief hat sie eine Broschüre, die Scheringer während seiner Gollnow Haftzeit verfaßt hatte, beschlagnahmt und als Beweismaterial für versuchte hochverräterische Handlungen bezeichnet.

Scheringer wurde, noch ehe er seine Festungsstrafe verbüßt hatte, zur Verfügung des Vernehmungsrichters des Oberreichsanwalts ins Untersuchungsgefängnis Moabit überführt (während seine zu gleicher Strafe verurteilten Kameraden, die allerdings den Übergang zur KPD nicht mitgemacht hatten, schon vor Ablauf ihrer Strafen vom Reichspräsidenten begnadigt worden waren).

Die Verhandlung vor dem Reichsgericht

Den Vorsitz in der heutigen öffentlichen Hauptverhandlung führt der Reichsgerichtsrat Baumgarten, der auch den früheren Prozeß gegen Scheringer und Genossen geleitet hatte und der auch jüngst den Vorsitz im Landesverratsprozeß gegen v. Ossietzky geführt hat.

Scheringer wird von dem preußischen Landtagsabgeordneten der KPD, Rechtsanwalt Gerhard Buch, verteidigt.

Die Anklage vertritt der Hilfsarbeiter der Reichsanwaltschaft, Erster Staatsanwalt Parisius.

Der Eröffnungsbeschuß vom 18. März 1932 lautet auf versuchten Hochverrat, begangen in Gollnow, und auf Zugehörigkeit zu einer staatsfeindlichen Verbindung, deren Bestrebung der gewaltsame Umsturz ist. Scheringer erwidert auf Befragen, daß er sich verteidigen wolle und erklärt auf die weitere Frage, ob er sich schuldig bekenne, laut: „Der Senat tritt hier zusammen, weil ich meine Gesinnung nicht verleugnet habe. Jetzt fragt man mich, ob ich mich schuldig fühle?“

Reichsgerichtsrat Dr. Baumgarten: „Sie sind nicht Ihrer Gesinnung wegen angeklagt, sondern es fragt sich, ob Sie Ihre Gesinnung auf rechtswidrige Weise betätigt haben, d. h., ob Sie sich durch gesetzwidrige Handlungen der Vorbereitung des Hochverrats schuldig gemacht haben, und ob Sie gleichzeitig auch gegen § 4 Absatz 1 des Republiksschutzgesetzes sich vergingen. Daß Sie Kommunist geworden sind, ist keine strafbare Handlung. Aber ob Sie sich auf gesetzwidrige Weise betätigt haben, das müssen wir hier klären. Halten Sie sich noch für nichtschuldig?“

Der Angeklagte erwidert noch einmal: „Ich wiederhole: Wie kann man mich fragen, ob ich mich schuldig fühle, nachdem ich meine Gesinnung öffentlich bekannt habe!“

Bei der Erörterung der persönlichen Verhältnisse Scheringers kommt zur Sprache, daß Scheringer sich

als Mitglied der Schwarzen Reichswehr am Küstriner Putsch beteiligt habe, um danach ohne Schwierigkeit die Offizierslaufbahn in der Reichswehr einzuschlagen.

Er verneint dann, zu seiner geänderten politischen Ueberzeugung durch den Umgang mit den kommunistischen Festungsgefangenen gekommen zu sein.

Einen breiten Raum nehmen die Vorwürfe ein, daß sich der Angeklagte seinem Ehrenwort zuwider in der Haft politisch betätigt, daß er u. a. für kommunistische Zeitungen Artikel verfaßt habe.

Scheringer entgegnet, seine umfangreiche rechtspolitische Betätigung als Festungsgefangener sei regelmäßig unbeanstaltet geblieben.

Als er im November 1930 einen offenen Brief an den Reichswehrminister Groener in der nationalsozialistischen Presse veröffentlichte, sei er auch nicht bestraft worden.

Mißbilligend meint der Vorsitzende darauf: „Scheringer hat die Festungsstrafe nicht genommen zu haben. Sodann wird

der Versuch der Klarstellung der Beweggründe des Uebertritts Scheringers von der NSDAP zur KPD unternommen. Der Angeklagte erklärt hierzu, die Anhänger der NSDAP hätten von dieser Partei die Vorbereitung der deutschen Revolution erwartet, was im Ulmer Reichswehrprozeß nicht so klar zum Ausdruck zu bringen gewesen sei. Sie hätten nicht die Kraft besessen, über den Nationalismus hinauszugehen und seien Hitler in den Sumpf gefolgt. Dann erläutert Scheringer die Art, wie er sich in die Theorien des Marxismus und des Leninismus eingearbeitet habe. Die Haltung, die er für den deutschen Befreiungskampf von Rußland erwarte, habe ihm den Ausschlag gegeben. Hitler grenze sich dagegen von Rußland ab. Aber die NSDAP sei eben nicht eine nationalsozialistische Arbeiterpartei, sondern der Ausdruck revolutionär gewordener Mittelschichten, die nicht vorwärts auf eine neue Gesellschaftsordnung hin wollten. Dann kommt es zu einer langen Unterredung mit dem Vorsitzenden, wie Scheringer sich die Erhaltung der deutschen Freiheit vorstellt. Nur Arm in Arm mit Sowjetrußland sei die nationale Befreiung Deutschlands möglich.

Sodann wird die Erklärung verlesen, die Scheringer am 18. März 1931 aus der Festungshaft heraus an die kommunistische Reichstagsfraktion gerichtet hat und die unter der Ueberschrift „Leutnant Scheringers Bekenntnis zur Roten Front“, damals zuerst in der „Roten Fahne“ erschienen und die einen Teil der Gegenstände der heutigen Anklage bildet. Mit dieser Erklärung, führt Scheringer aus, habe er sich an seine Kameraden gewandt, um ihnen klar zu machen, daß der Weg zur Befreiung nur über die Beseitigung des kapitalistischen Raubsystems führen könne. Dabei meine er die Kameraden der SA und nicht etwa die der Reichswehr. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er den Bürgerkrieg wolle, antwortet Scheringer, nein, aber der Bürgerkrieg sei unvermeidlich. Der Vorsitzende weist dann noch darauf hin, daß Scheringer vor seinem Uebertritt zur KPD nach München zu Hitler gefahren sei. Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Scheringer bei Hitler und Goebbels

Nach der Pause werden die verschiedenen Fluchtversuche besprochen, die der Angeklagte unternommen hat. Während eines Strafurlaubes, der ihm zur Besprechung mit dem Rektor der Universität in Berlin gewährt worden sei, habe er vergeblich Goebbels sprechen wollen. Dessen Sekretär habe ihm aber erklärt, die NSDAP bleibe ihrem Ziele treu: Befreiung nach Außen und Ordnung im Innern. Dann sei es ihm aber doch gelungen, Goebbels zu sprechen, der im Begriff war, nach München zu fahren, und da sei er mitgefahren. In der

Die Unruhen in Neufundland

TU. London, 7. April 1932

Nachdem in St. Johns (Neufundland) vorübergehend Ruhe eingetreten war, fanden Mittwochabend weitere Unruhen und Umzüge statt, bei denen erneut der Rücktritt des Ministerpräsidenten gefordert wurde. Der Ministerpräsident hält sich noch immer verborgen. Es ist beabsichtigt, eine Nationalregierung unter Führung des Oppositionsführers Allardice zu bilden.

Neue Regierungskrise in Lettland

TU. Riga, 6. April 1932

In Lettland ist wieder eine Regierungskrise ausgebrochen. Die Partei der lettischen Fortschrittler hat ihren Vertreter, den langjährigen Volkswohlfahrtsminister Rubuls, aus dem Kabinett abgerufen. Sie will in Zukunft die Regierung im Parlament nicht mehr unterstützen. Damit verfügt die jetzige Regierung nur noch über 50 von 100 Stimmen. Zur Zeit sind Verhandlungen im Gange, um bis zu dem für Mitte April bevorstehenden Zusammentritt des Parlaments die Regierung zu beheben. Die Lage wird noch dadurch kompliziert, daß bisher weder ein neuer Volkswohlfahrtsminister noch ein Nachfolger für den abberufenen zurückgetretenen Finanzminister gefunden werden konnte. Das Haushaltjahr hat mit einem für Lettland gewaltigen Fehlbetrag von 25 Millionen Lat abgeschlossen, der aus dem staatlichen Reservefonds entnommen werden muß.

59 Seiten Tardieu-Rede

Paris, 7. April 1932

Ministerpräsident Tardieu hielt am Mittwochabend bei dem zu seinen Ehren veranstalteten parlamentarischen Festessen der Regierungsparteien die angekündigte große Rede, die ihrer Bestimmung und ihrem Inhalt nach den Wahlfeldzug in Frankreich gewissermaßen amtlich einleitete. Die Ausführungen

Nacht habe er dann eine längere Auseinandersetzung mit Goebbels gehabt. Auf die Frage nach der Zinsknechtschaft habe Goebbels gesagt, das Brechen der

Zinsknechtschaft sei Federscher Unsinn.

Es sei nicht leicht gewesen, auf die Hauptpunkte zu kommen, da Goebbels immer ausgewichen sei. Dann seien sie auf den Punkt 13 des Programms zu sprechen gekommen, in dem die Verstaatlichung aller bereits vergesellschaftlichen Betriebe verlangt werde. Goebbels habe erwidert, man sozialisiere nicht, was sozialisiert werden könne, sondern man sozialisiere nur das, was sozialisiert werden müßte, die Eisenbahn und die Bergwerke. Damit sei das ganze nationalsozialistische Programm für ihn, Scheringer, auseinandergebrochen.

In München habe er dann auch Hitler kurz sprechen können. Auf seine Frage, wie die Partei an die Macht kommen wolle, habe Hitler gesagt, sie werde den legalen Weg einhalten und so an die Macht kommen. Im übrigen habe ihm Hitler nur das Braune Haus geschildert. Nach Berlin zurückgekehrt, sei er mit Stenoz zusammengekommen, aber auch dieser habe ihm keine befriedigende Auskunft gegeben. Darauf habe er sich an die Kommunisten gewandt und mit dem Abgeordneten Kippenberger eine ausführliche Besprechung gehabt, in der seine Zweifel am Kommunismus vollends zerstreut worden seien.

Als Scheringer erklärt: Sein Ziel sei die nationale Befreiung, und der Vorsitzende darauf hinweist, daran arbeite auch die legale Regierung, erklärt der Angeklagte es für einen entscheidenden Irrtum der legalen Regierung, daß sie glaube, unter Aufrechterhaltung des derzeitigen Wirtschaftssystems eine nationale Befreiung durchkämpfen zu können.

Vorsitzender: „Oder es ist ein gewaltiger Irrtum, daß Sie durch das antikapitalistische System die Befreiung erreichen können.“

Angeklagter:

„Hitler hat mit den Reichswehrgeneralen Verbindungen hergestellt, mit denen er ursprünglich in schärfster Feindschaft lebte.“

Jetzt ist er mit ihnen verbündet. Da fanden Besprechungen beispielsweise statt zwischen Hauptmann Röhm und dem Chef der Heeresleitung, von Hammerstein. Gerade Hammerstein wandte sich scharf gegen Rußland und verbrüderte sich sogar mit dem Westen, mit Frankreich. Die Befreiung der Nation könne nur mit der Front gegen Westen erkämpft werden. Hitler habe im Dezember 1931 in einem Brief erklärt, er werde den Kampf gegen den Bolschewismus nie aufgeben.

Die Verhandlung geht weiter.

Tardieu umfaßten nicht weniger als 59 Schreibmaschinenseiten; die Verlesung nahm etwa 1½ Stunden in Anspruch. Obgleich zu dem Festessen und der ministeriellen Kundgebung nur geladene Gäste Zutritt hatten, konnte die französische Bevölkerung die Eindrücke unmittelbar empfangen, da die Rede nicht nur im europäischen Frankreich, sondern auch in den Kolonien durch alle Funksender verbreitet wurde.

Der „gerechtfertigte“ Ebert

Im neuesten Heft der republikanischen Zeitschrift „Die Justiz“ (Band VII, Heft 5/6) veröffentlicht der sozialdemokratische Professor und Reichsjustizminister a. D. Gustav Radbruch einen wahren Jubelhymnus: „Das Reichsgericht für Friedrich Ebert!“. Das Reichsgericht hat nämlich festgestellt — was den revolutionären Proletariern nicht ganz neu ist —, daß Ebert durchaus kein „Landesverräter“ war. In der Entscheidung des höchsten deutschen Gerichtshofes heißt es wörtlich:

„Es ist gemeinkundig, daß der verstorbene Reichspräsident Ebert gegenüber dem gegen ihn erhobenen Vorwurf des Landesverrats geltend gemacht hat, er sei in die Leitung des von ihm nicht gewünschten Streiks vom Januar 1918 eingetreten und in ihr tätig geworden, um auf die von radikalen Elementen verhetzten Arbeiter wieder Einfluß zu gewinnen, sie wieder vaterländischen Gedankengängen zugänglich zu machen und so den Streik möglichst bald zu beendigen.“

Das alles ist, wie gesagt, nicht neu. Aber einmal kann es gar nicht oft genug in die Erinnerung der Arbeiter zurückgerufen werden — und dann ist es immerhin reizvoll, zu sehen, wie ein prominenter Sozialdemokrat so etwas kommentiert. Radbruch schreibt:

„Für uns bedurfte das Andenken Eberts nicht erst dieser juristischen Reinigung. Nichtsdestoweniger freuen wir uns, daß auch denen gegenüber, denen das Fehlurteil

Linksschwenkung in Lettland

Sozialdemokratische Beschlüsse

Von Dr. Anatol Schanin, Riga

Der koalitionsfeindliche Flügel der lettischen Sozialdemokratie, der nach der letzten linken Regierungskoalition des Jahres 1927 stark an Einfluß in der Partei einbüßte, war wieder obenauf, als nach den Parlamentswahlen im Oktober 1931 sich die Möglichkeit einer Regierungskoalition mit sozialdemokratischer Beteiligung ergab.

Zur Ueberwindung der Krise, die die Wirtschaft und die Staatsfinanzen Lettlands stark in Mitleidenschaft gezogen hat, ist es nach Ansicht des Bürgertums nötig, daß alle Schichten der Bevölkerung Opfer bringen. Die Arbeiterschaft, die dank Lohnsenkungen, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, Verschlechterung des Krankenkassenwesens und durch Zölle und Importkontingentierung verursachter Teuerung schon jetzt die größten Lasten trägt, soll noch weiter ihres Anteils am Arbeitsprodukt beraubt werden. Am besten läßt sich, will man „demokratisch“ bleiben, diese Aufgabe erfüllen, wenn die Arbeiter selbst sich bereit erklären, die Schlinge an ihrem Halse fester zuzuziehen. Das lettische Bürgertum heißt darum eine Mitwirkung der Sozialdemokratie an der Regierung willkommen.

Der immer koalitionsbereite Flügel der Sozialdemokratie forderte Eintritt in die Regierung. Der Parteirat, der im November zusammentrat, lehnte kopflose Koalitionsfreudigkeit ab. Gestützt auf Ermunterungen in der bürgerlichen Presse, setzte der rechte Flügel nun alle Hebel in Bewegung, um auf dem kommenden Parteitage eine Mehrheit für Eintritt in die Regierung zu gewinnen, wobei selbst vor Verleumdungen gegenüber den Koalitionsgegnern nicht zurückgeschreckt wurde.

Nun ist die Entscheidung gefallen. Am 2. und 3. April fand in Riga, wie wir schon kurz mitteilen, der 17. Kongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Lettlands statt. Die erdrückende Mehrheit der Delegierten sprach sich gegen „Regierungssozialismus“ aus. Die Partei muß sich von jeglicher Verantwortung für die Auswirkungen der Krise fernhalten. Sie muß außerhalb parlamentarisch die Kräfte der Arbeiterschaft sammeln. Scharfe Worte bekam in der Debatte die SPD zu hören.

Zum erstenmal trat auf dem Parteitage auch eine entschiedene radikale Opposition auf, für deren Kandidaten ins Zentralkomitee über ein Fünftel der Delegierten stimmte. Diese Opposition erweiterte die Koalitionsfrage nach der prinzipiellen Seite hin und forderte rücksichtslose Ablehnung des Reformismus. Sie sprach sich entschieden gegen Staatskapitalismus aus.

Die koalitionsfeindliche Parteimehrheit bekundete ihren Opportunismus, als sie, scharf gegen die prinzipiellen Koalitionsgegner, zuletzt große Nachgiebigkeit dem rechten Flügel gegenüber zeigte. Dieses Faktieren mit dem rechten Flügel löste bei vielen Arbeitern und Vertretern der Arbeiterjugend auf dem Parteitage tiefe Enttäuschung aus. Neigt nach Ansicht der Parteimehrheit der rechte Flügel zum Bürgertum hin, so muß auch eine unerbittliche Abrechnung mit ihm stattfinden.

Allindischer Kongreß verboten. Die indische Regierung hat die Jahresversammlung des allindischen Kongresses verboten.

eines Gerichts (einerzeit in Magdeburg, die Red.) mehr gilt als der Eindruck einer großen Persönlichkeit, jeder Schatten über seinem Bilde jetzt beseitigt ist.“

Klassenbewußte Sozialisten dürften ein ganz klein bißchen anders darüber denken!

Mecklenburg soll vom „Marxismus“ gereinigt werden

TU. Schwerin, 6. April 1932

Die Fraktionen der DNVP und NSDAP teilen mit: In einer Verhandlung der Fraktionen der DNVP und der NSDAP unter ihren Vorsitzenden, Abgeordneten Dr. Everling und Abgeordneten von Lingelsheim, ist heute die Regierungskoalition und die Regierungsbildung in Mecklenburg-Strelitz vollzogen worden. Vereinbart wurde folgendes:

1) Die beiden Parteien schließen sich zu einer Zusammenarbeit im Interesse des vom Marxismus völlig zu reinigenden Staates zusammen.

2) Staatsminister Dr. von Michael wird in seinem Amt ohne Neuwahl bestätigt.

3) Abgeordneter Dr. Stichtenoth tritt als Staatsrat in die Regierung ein mit einer vereinbarten, die nationale Zusammenarbeit gewährleisten Geschäftsordnung.“

Abgeordneter Stichtenoth ist Mitglied der nationalsozialistischen Fraktion.

Gewerkschaftskrise

Wie der Mitgliederrückgang trotz Krise verhindert werden kann

In diesen Wochen finden in fast allen Gewerkschaften die örtlichen Jahresgeneralversammlungen statt, wo u. a. auch Bericht über die Mitgliederbewegung im Jahre 1931 gegeben wird. Fast durchweg wird ein mehr oder minder starker Mitgliederrückgang verzeichnet. So geht aus dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht des

Gesamtverbandes Berlin

hervor, daß die Mitgliederzahl im Jahre 1931 von 125 775 auf 111 450, also um 14 325 gleich 11,4 Prozent gesunken ist. Allein im letzten Quartal betrug der Verlust 11 200 Mitglieder. Das ist ein sehr starker Rückgang, der um so mehr ins Gewicht fällt, als im Gesamtverband die Gemeinde- und Staatsarbeiter organisiert sind, bei denen die Krise längst nicht die Auswirkungen hat, wie bei den Arbeitern der privaten Industrie. Bezeichnend ist, daß auch hier der Gesamtverband wie alle übrigen Verbände den Mitgliederrückgang lediglich auf die Auswirkungen der Krise zurückführt. Diese Begründung kann aber für eine Klassenkampf-gewerkschaft keinesfalls Geltung haben. Denn die durch die Krise arbeitslos gewordenen Mitglieder brauchen doch deshalb nicht ihren Verband zu verlassen. Wenn sie und auch andere noch im Betrieb stehende Arbeiter das trotzdem tun, dann müssen dafür ganz andere Gründe maßgebend sein. Und die gilt es, zu untersuchen. Interessant ist die Begründung, die der „Vorwärts“ in seiner Besprechung des Geschäftsberichtes vom Gesamtverband gibt. Er schreibt:

„Wenn man bedenkt, welche starken politischen und gewerkschaftlichen Vernunftproben die gesamte Arbeiterschaft gerade in den letzten drei Monaten des vorigen Jahres zu bestehen hatte, braucht man den Ursachen dieses starken Mitgliederverlustes in einem einzigen Quartal nicht nachzuspüren.“

Daraus geht hervor, daß der „Vorwärts“ eine Ahnung von der wirklichen Ursache hat. Aber er geht wie die Katze um den heißen Brei herum. Was sind das für „Vernunft-

Alles bereit machen zum Vertrieb unserer neuen Broschüre!

Die Broschüre muß an den letzten Mann herangebracht werden.

Für die nächste Zeit heißt die Parole für alle SAP- und SJV-Genossen:

Prolet, greif zu!

proben“, die die Arbeiterschaft zu bestehen hatte? Es ist die Tatsache, daß eine Regierung Brüning-Stegerwald sich seit zwei Jahren als ausgesprochene Lohnabbauverwaltung betätigt und trotzdem von der Gewerkschaftsführung toleriert und verteidigt wird. Es ist die weitere Tatsache, daß dieselbe Gewerkschaftsführung jeder ernsthaften Kampf gegen den Lohnraub der Regierung unterlassen und direkt verhindert hat. Für die Masse der Gewerkschaftsmitglieder ist das allerdings keine Frage der „Vernunft“, sondern sie hat dafür ein viel drastischeres Wort, sie nennt das Verrat der Arbeiterinteressen. Deshalb bekommen Zehntausende von Proletariern Zweifel an der Nützlichkeit ihrer Gewerkschaft, ja, werden direkt mit Mißtrauen gegen sie erfüllt. Deshalb der Mitgliederrückgang.

Der Butab in Berlin

verzeichnet in seinem Jahresbericht ebenfalls einen Mitgliederrückgang von 1179 gleich acht Prozent. Auch hier wird der Rückgang ausschließlich mit der fortgesetzten Steigerung der Arbeitslosigkeit erklärt. Es sind nach dem Bericht vom 1. April d. J. 3452 stellunglose Mitglieder, das sind 30 Prozent der Gesamtmitgliedschaft, zu verzeichnen. Der Geschäftsführer Rogatz hatte demgegenüber nur den einen Trost: „daß bei einem Wiederaufstieg der Konjunktur dieser Mitgliederverlust durch die Funktionäre der Organisation glatt wieder wettgemacht werden wird“. Wenn aber die Krise weitergeht — und dafür sprechen alle Voraussetzungen —, dann gibt es immer neuen Mitgliederverlust. Die Verbandsbürokratie nimmt das offenbar als „ein unvermeidliches Schicksal“ in Kauf und denkt nicht daran, zu untersuchen, ob es nicht andere Mittel gibt, dem Mitgliederschwund zu begegnen.

Es gibt andere und bestimmt wirkungsvolle Mittel. Gerade in der Krise sind starke Gewerkschaften notwendiger denn je. Es dreht sich hier vor allem darum, wie die arbeitslosen Mitglieder in der Organisation gehalten und immer fester mit ihr verbunden werden können. Das ist nur möglich, wenn die Gewerkschaften ihren Kurs vollkommen ändern, wenn sie Schluß

mit der Tolerierungspolitik machen und die Kräfte der Organisation da einsetzen, wo sie heute vor allem wirkungsvoll sein können, auf politischem Gebiet. Bei der nur gewerkschaftlichen Kampfmethode wird der arbeitslos werdende Kollege automatisch aus dem Kampf ausgeschaltet. So muß er das Interesse an der Organisation sehr schnell verlieren. Anders dagegen, wenn in gemeinsamen Kämpfen, Massenversammlungen, Massendemonstrationen gegen die Regierung, gegen das bankrotte kapitalistische System und für die Forderungen der Gesamtarbeiterschaft und der Erwerbslosen insbesondere, die noch im Betrieb stehenden Kollegen mit den Ar-

beitslosen zusammengeschweißt werden. Auf dem politischen Kampffeld großer Massenaktion ist der Arbeitslose keine negative, sondern eine sehr positive Kraft. Hier gilt es, die arbeitslosen Massen einzusetzen.

Wenn das damit verbunden wird, daß entsprechend der völlig veränderten Situation die arbeitslosen Mitglieder voll zur Mitarbeit am Verbandsleben herangezogen werden, (genügend Vertrauensleute der Arbeitslosen, Vertretung in der Führung usw.), dann wird für sie kein Anlaß mehr vorliegen, dem Verband den Rücken zu kehren. Dann werden diese Kollegen auch in der Zeit ihrer Arbeitslosigkeit die aktivsten Werber des Verbandes sein.

Immer unverschämtere Unternehmerforderungen

Arbeitszeitverlängerung bei gleichbleibendem Lohn

Eine der Grundlagen der reformistischen Auffassung ist der Glaube, daß durch ein gewisses Entgegenkommen von Seiten der Arbeiterorganisationen die Unternehmen zur Vernunft gebracht und veranlaßt werden können, von ihren allzu schlimmen Scharfmacherplänen abzulassen. Tausendfältige Erfahrung beweist aber genau das Gegenteil. Je entgegenkommender sind die Arbeiterorganisationen zeigen, desto heftiger werden die Unternehmer mit ihren Forderungen.

Das zeigt sich auch heute. Alle Tolerierungs- und Arbeitsgemeinschaftspolitik hat der Gewerkschaftsführung nichts genutzt, sondern die Unternehmer nur zu neuen Vorstößen ermuntert. Nachdem mit Duldung, ja vielfach Zustimmung der Gewerkschaftsführung die Löhne auf ein reines Hungerniveau herabgedrückt sind, kommen die Kapitalisten nicht nur mit neuen Lohnabbauforderungen, sondern stoßen jetzt auch auf einem anderen Gebiet vor.

In der „Bergwerkzeitung“, dem führenden Scharfmacherorgan, wird mit einem Artikel „Natürlich Arbeitsbeschaffung“ neben der Forderung auf weiteren Lohnabbau, Überführung der öffentlichen Betriebe in privatkapitalistische usw. folgender Plan entwickelt:

„Nichts widerspricht dem großen Rückgang unseres Volksvermögens mehr als Arbeitszeitverkürzung. Wollen wir wieder hochkommen, so tut Mehrarbeit not. Deshalb sollte man die gegenwärtig fast überall bestehende Kurzarbeit um ein Viertel der Zeit verlan-

gern, und zwar ohne Erhöhung des Tagesverdienstes und ohne dekretierte Preissenkung... Der Vorteil wäre, daß der Stücklohn um 20 Prozent fiel und hieraus sich wieder Betriebskapital bildete... Hier lohnt es in der Tat gegebenenfalls mit starker Faust durch Notverordnungen nachzu-

helfen.“ Man könnte einwenden, das ist nur ein Zeitungsartikel und zudem noch eine Privatarbeit eines Dr. Eggemann-Bielefeld. Die Erfahrung lehrt aber, daß eine solche Einschätzung sehr trügerisch wäre. Alle Notverordnungen der letzten zwei Jahre entsanden auf Grund derartiger konkreter Forderungen in den führenden Scharfmacherblättern. Für die Regierung Brüning-Stegerwald sind diese Kapitalkorderungen Befehl, den sie „gegebenfalls mit starker Hand“ durchführt.

Für die Arbeiterklasse ergibt sich daraus die Lehre, daß sie bei ihrem Kampf mit derselben Rücksichtslosigkeit vorgehen muß. Will sie Erfolge, ob in der Abwehr oder im Angriff, erzielen, dann darf sie sich niemals von irgendwelchen Rücksichten auf die „Interessen der — kapitalistischen — Wirtschaft“, sondern nur von ihren reinen Klasseninteressen leiten lassen. Ist der Kampf um ihre Interessen unvereinbar mit der kapitalistischen Wirtschaft, dann muß eben — und das ist unser Ziel — die kapitalistische Wirtschaft stürzen und einer sozialistischen Wirtschaft Platz machen.

RGO-Verleumder an der Arbeit

Vom Schuhmacherverband wird uns geschrieben:

„In der Nummer 67 der „Roten Fahne“, Zentralorgan der KPD, vom 30. März ds. Js. giebt ein Schutzfink der RGO die üblichen Dreckkübel aus in einem Artikel, überschrieben: „Terrorfeldzug der Schuhmacher-Reformisten gegen klassenbewußte Arbeiter“, „Eiserner Schurkenstreich“.

In diesem Artikel wird, ohne auch nur den Schein eines Beweises zu erbringen; die dreiste Behauptung aufgestellt, der Schuhmacherverband habe eine „unerhörte Kampagne bei der Firma Leiser, Schuhreparaturwerkstatt, geführt, und Hörtz vom Schuhmacherverband habe sich mit der Firma Leiser in Verbindung gesetzt, und darauf sei plötzlich die Entlassung eines Arbeiters erfolgt.“

Von der „Roten Fahne“ wird der entlassene Arbeiter (es handelt sich um den Arbeiter Otto Koch) als ein klassenbewußter Arbeiter hingestellt. Die „Rote Fahne“ scheint nicht zu wissen, daß derselbe jetzt entlassene Arbeiter bei der Firma Leiser eingestellt wurde im unmittelbaren Anschluß an den verlorenen RGO-Streik im Januar 1931 und sich öffentlich rühmte, der RGO eins ausgewischt zu haben. Die damalige Einstellung dieses „klassenbewußten“ Arbeiters kann somit als eine Belohnung betrachtet werden. Jedenfalls scheint es mit dem Klassenbewußtsein nicht weit her zu sein, denn ein klassenbewußter Arbeiter kann sich nicht so unbeding freuen über eine Streikniederlage der Arbeiter, gleich welcher Richtung diese Streikenden angehören, wie dieser Otto Koch es getan hat. Mit solchen Schädlingen der Arbeiterbewegung wird selbst die „Rote Fahne“ nicht viel Ehre machen können. Die Belegschaft der Firma Leiser hat es jedenfalls in ihrer Mehrheit abgelehnt, für solche Subjekte einzutreten. Nur drei, jetzt wegen

verbandsschädigendem Verhalten aus dem Schuhmacherverband Ausgeschlossene, die bei Leiser Mitglied des Betriebsrates waren, glaubten, für den ebenfalls ausgeschlossenen Koch eintreten zu müssen. Die Ausschüsse aus dem Schuhmacherverband sind erfolgt, weit die Genannten mit dem Aushängeschild, Mitglied der freien Gewerkschaft zu sein, RGO-Politik trieben und beabsichtigten, die gesamte Belegschaft bei Leiser zur RGO zu führen, um dieser an Schwindsucht leidenden Organisation neues Blut zuzuführen. Diese Absicht ist durch die Wachsamkeit der freien Gewerkschaft vereitelt. Die Leiserbelegschaft steht in der übergroßen Mehrheit zur freien Gewerkschaftsbewegung, weil nur diese in der Lage ist, die geschlossene Kampffront zur Wahrnehmung der Arbeiterinteressen zu bilden.

Statt Kampf — Stegerwaldverherrlichung

Jetzt, wo von den Gewerkschaften angesichts der Tarifkündigungen zum 30. April alles eingesetzt werden müßte, um wirkungsvolle Kampfmaßnahmen gegen neuen Lohnraub zu treffen, bringt es „Der Proletarier“, das Organ des Fabrikarbeiter-Verbandes fertig, in seiner neuesten Nummer auf der ersten Seite des Blattes einen Artikel zu bringen mit der Überschrift „Stegerwald gegen Lohnsenkung“. Es wird darin die von Stegerwald in die Presse lancierte Notiz, daß keine generelle Lohnsenkung, sondern „nur“ die „Anpassung überhöhter Löhne einzelner Berufsschichten an den allgemeinen Lohnstand“ geplant sei, vom „Proletarier“ kritiklos wiedergegeben.

Man fragt sich, ist es grenzenlose Dummheit oder bewußter Verrat an den Arbeiterinteressen, wenn ein Gewerkschaftsblatt diese hinterhältigen Methoden neuerlichen Lohnabbaues ausdrücklich deckt und sie den Gewerkschaftsmitgliedern derart serviert, als ob

Stegerwald der Schützer der Löhne, der Kämpfer gegen Lohnsenkung wäre.

Das heißt, den Gewerkschaftsmitgliedern systematisch die schlimmste Gefahr, die ihnen gegenwärtig droht, zu verbergen. Der Bauarbeiterschiedsspruch hat es schon bewiesen und Dutzende neuer Schiedssprüche der nächsten Wochen werden es erneut zeigen, daß die von Stegerwald dirigierte Schlichtungsinstanzen nichts anderes kennen, als immer neuen Lohnabbau. Sie, mit Stegerwald an der Spitze, sind die Organe, die im Auftrage des Kapitals den Lohnraub durchführen.

Das kann nur mit Erfolg abgewehrt werden, wenn den Massen der wirkliche Feind aufgezeigt und gegen ihn, d. h. gegen die Lohnabbauverwaltung Brüning-Stegerwald der rücksichtslose Kampf geführt wird.

Neuer Druck auf die englische Regierung

TU. London, 7. April 1932

Auf der am Mittwoch stattgefundenen Sitzung der englischen Kohlenbergwerksbesitzer wurde die Entschließung gefaßt, „bei der englischen Regierung scharfe Vorstellungen bezüglich des Schadens zu erheben, den der englische Kohlenausfuhrhandel durch das Vorgehen der deutschen Regierung erleidet“. In einer erläuternden Erklärung wird ausgeführt, daß, seitdem die deutschen Einfuhrbeschränkungen Wirklichkeit geworden sind, bereits zwei Monate vergangen seien. Die englische Regierung müsse deshalb dringend aufgefordert werden, keine weiteren Verzögerungen eintreten zu lassen und die geeigneten, im Zolleinfuhrgesetz vorgesehenen Gegenmaßnahmen (100prozentige Sonderzölle) in Anwendung zu bringen, „um damit den Grundsatz durchzuführen, daß ein Land, das englische Waren von seinem Gebiet ausschließt, auch nicht die gleiche Behandlung für seine Waren auf dem britischen Markt erwarten kann.“

Ferner wird ausgeführt, daß die deutschen Einfuhren nach England in den letzten Jahren dauernd angestiegen seien, während umgekehrt die englische Ausfuhr nach Deutschland abgenommen hätte. Die deutsche Einfuhr nach England sei 1931 viermal so hoch wie die englische nach Deutschland gewesen. Da die deutsche Einfuhr zum großen Teil Fertigwaren seien, so habe die deutsche Kohlenindustrie dabei weitgehenden Nutzen gezogen. Trotz dieser Tatsache habe Deutschland die englische Kohleneinfuhr auf weniger als ein Viertel des früheren Betrages eingeschränkt, während andere Länder dieselben Mengen einführen wie zuvor. Das Vorgehen der deutschen Regierung sei nicht nur vom Standpunkt der Gleichstellung nicht zu verteidigen, sondern es handele sich dabei um einen glatten Bruch der Verpflichtungen des deutsch-englischen Handelsvertrages.

Arbeitswiederaufnahme in der holländischen Textilindustrie

TU. Amste dam, 6. April 1932

Nach einer Streikdauer von etwa 3½ Monaten ist am Dienstag die Arbeit in der Textilindustrie von Twente wieder aufgenommen worden, nachdem sich die Gewerkschaften mit einer sofortigen Kürzung der Löhne um 5 v.H. und einer weiteren Kürzung um 5 v.H., die sechs Wochen nach Wiederaufnahme der Arbeit in Kraft treten soll, einverstanden erklärt haben. Es ist damit zu rechnen, daß ein Teil der insgesamt 16 000 Streikenden vorläufig noch nicht wieder beschäftigt werden dürfte.

Rückwirkende Auszahlung der Beamtengehälter

TU. Prag, 6. April 1932.

Infolge fortgesetzter Verschlechterung der Wirtschaftslage erwägt die Regierung, die Auszahlung der Beamtengehälter rückwirkend vorzunehmen, so daß im Jahre 1932 statt zwölf nur elf Monatsgehälter für die Beamten ausbezahlt würden.

Der voraussichtliche Rücktritt des Ministers Mlloch steht gleichfalls mit der schlechten Finanzlage des Staates im Zusammenhang. Die tschechische Gewerkschaft, der der Minister angehört, will aus der Regierungsmehrheit austreten, weil sie die vom Finanzminister geforderte Erhöhung der Umsatzsteuer auf 3 v. H. als untragbar erklärt. Die Entscheidung dürfte spätestens am Donnerstag fallen.

Neuer Bankkrach in Paris

TU. Paris, 7. April 1932

Ein neuer Bankkrach hat sich in Paris am Mittwoch ereignet. Auf Anordnung des Untersuchungsrichters ist die Pariser Bank Robert geschlossen worden, da die Passiven die Aktiven um über 20 Millionen Franken übertrafen. Der Inhaber der Bank, der 54jährige Bankier André Robert, wurde am Nachmittag verhaftet. Die Bank, die ihren Hauptsitz im Zentrum der Stadt hatte, verfügt in Paris selbst noch über eine Filiale und unterhielt in der Provinz 15 Zweigstellen.